Nummer 10 Pfg. Auflage über 60000.

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Expedition: Neue Graupenstraße 5 und durch Austräger zu beziehen.
Preis pro Woche 30 Pfg.
„ Monat 1.25 Mk.
„ für 3 Monate 3.60 „
Durch die Post bezogen 3.75 „
frei ins Haus 4.17 „
wie keine Post am Orte 4.50 „

Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 1206.
Postscheck-Konto Breslau Nr 5982.

Volkswacht

für Schlesien und „Liegnitzer Volkszeitung“.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Anzeigenpreis beträgt für die einspaltige Kolonelzeile oder deren Raum für Breslau und Schlesien 35 Pfg., außerhalb 45 Pfg. Doppelzeile unter Text 1.20 Mk. Arbeitsmarkt, Wohnungs-, Vereins- u. Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. Familien-Nachrichten 20 Pfg. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Fernsprecher: Redaktion Nr. 3141.
Postscheck-Konto Breslau Nr. 5982.

Nr. 102. Breslau, Donnerstag, den 2. Mai 1918. 29. Jahrgang.

Zerbrochene Freundschaft.

120 000 Gefangene kehren zurück.

Verhaftung ukrainischer Minister.

Vor kaum drei Monaten, am 10. Februar 1918, wurde in Brest-Litowsk ewiger Friede und Freundschaft mit der Ukraine geschlossen, am 1. Mai 1918 wird in Berlin amtlich bekannt gemacht, daß man den Kriegsminister dieser befreundeten Regierung in Kiew mit einer Anzahl seiner militärischen und diplomatischen Kollegen durch den deutschen Militärbefehlshaber hat verhaften lassen — trotz der ewigen Freundschaft. Als Trotzki seinerzeit dieser altgewohnten Formel nicht mehr trauen wollte, hat man ihm das sehr übel genommen, die ukrainischen und deutschen Unterhändler, die ihr getraut haben, werden sich jetzt darüber ihre Gedanken machen. Wie wir uns unsere Gedanken machen können über den Jubel, mit dem „die deutschen Befreier vom bolschewistischen Terror“ seinerzeit in Shitomir, Kiew, Charkow und anderen Orten empfangen worden sind, alles Dinge, die ja in Polen ihr bezeichnendes Vorspiel hatte, in Finnland und den Baltenländern ihr Nachspiel haben werden. Der Führer der befreundeten polnischen Legion, die mit gegen Rußland kämpfte, Oberst Pilsudski, sitzt ebenso in einer deutschen Festung, wie sich der ukrainische Kriegsminister Schukowski in deutscher Haft befindet und beide Staaten sollen doch nicht nur neutral, sondern befreundet sein. Der Streit mit der ukrainischen Regierung entstand nach den amtlichen deutschen Mitteilungen durch den Anbauzwang, den Feldmarschall v. Eichhorn verfügte, als die ukrainischen Bauern sich weigerten, das Feld „für die Deutschen“ zu bebauen und ihre im Friedensvertrag eingegangenen Verpflichtungen auf Getreideablieferung zu erfüllen. Die entstellte Wiedergabe des deutschen militärischen Erlasses hat, wie wir jetzt hören eine scharfe deutschfeindliche Agitation im Gefolge und das, was die Ukrainer uns im „Brotfrieden“ versprachen, muß ihnen jetzt militärisch abgezwungen werden, wahrlich keine erhebende Situation vor der Welt. Sie wird amtlich wie folgt erläutert:

Deutsche Militärgerichte in Kiew.

Berlin, 2. Mai. (Amtlich.) In letzter Zeit machte sich in Kiew eine scharfe Agitation bemerkbar, die sich anscheinend auch gegen den deutschen Einfluß in der Ukraine richtete. Unsere Bemühungen, Ordnung zu schaffen, erfuhren von der Regierung eine völlig ungenügende Unterstützung, die außerdem keinerlei Maßregeln traf, um die Frühjahrsaussaat und die dadurch bedingte Erfüllung ihrer vertraglichen Verpflichtungen zu sichern. Feldmarschall von Eichhorn sah sich deshalb nach Einvernehmen mit dem kaiserlichen Botschafter, Freiherrn von Mumm, genötigt, einen Erlaß über die Ausführung der Frühjahrsbestellungen zu veröffentlichen, der von der ukrainischen Presse entstellt wiedergegeben wurde, was Aufregung im Lande und in der Rada Protest hervorrief. Es ergaben sich sogar Anzeichen, daß Mitglieder sich an der Agitation gegen uns beteiligten.

Unter diesen Verhältnissen gewann die willkürliche Verhaftung des Direktors der russischen Bank für auswärtigen Handel, Dobry, besondere Bedeutung. Dieser wurde ohne nähere Erklärungen im Namen des „Bundes zur Befreiung der Ukraine“ in seinem Quartier überfallen und weggeschleppt. Zur Hilfe gerufene Soldaten der Regierungsmiliz weigerten sich, ihn zu schützen. Sein Aufenthalt ist zur Zeit noch unbekannt. Dobry war als ukrainischer Finanzsachverständiger mit den Mitgliedern der deutschen Wirtschaftskommission in enge Fühlung getreten und hatte sich große Verdienste um die sachgemäße Zusammenarbeit mit der deutschen und österreichischen Delegation erworben. Außerdem liefen Nachrichten ein, daß weitere Verhaftungen folgen sollten. Zugleich mehrten sich die Anzeichen für den Verdacht, daß die Verhaftung von Mitgliedern der Regierung selbst ausgegangen war.

Dieser Entwickelung der Dinge konnte das deutsche Oberkommando nicht ruhig zusehen. Der Gewaltakt bedeutete den Wiederbeginn der Anarchie, und die Regierung hatte sich als zu schwach erwiesen, die Rechtssicherheit in Kiew zu schützen. Feldmarschall von Eichhorn verfügte daher im Einverständnis mit dem kaiserlichen Botschafter, Freiherrn von Mumm, zur Sicherung der Stadt Kiew besondere Maßnahmen, die im wesentlichen auf Einsetzung von Militärgerichten, strenge Bestrafung allgemeiner Verbrecher und Androhung schwerer Strafen gegen jede Störung der Ordnung abzielten. Inzwischen war die Untersuchung des Falles Dobry bereits dem deutschen Militärgericht übertragen worden. Sie führte u. a. zur Verhaftung des Kriegsministers Shukowski, des Abteilungschefs im Ministerium des Innern Dajewski, der Frau des Ministers des Innern Tkatschenko, des Kommandanten der Stadtmiliz Bogatzki und des Abteilungschefs im Ministerium des Aeußern Ljubinski. Die gerichtliche Untersuchung wird fortgesetzt.

Am 5. März, als die deutschen Truppen unter den Blumensträußen der Kiewer in die ukrainische Hauptstadt eingezogen waren, telegraphierte der deutsche Reichskanzler an den Kommissar des ukrainischen Volkes: „Möge ihm auf immer die Freiheit und die Macht beschieden sein, nach eigenem Recht und eigener Gesittung in Frieden zu leben. Noch stehen die deutschen Truppen in Ihrem Lande. Ich darf Ihren Mitteilungen entgegensehen, sobald Sie glauben, daß das Werk der deutschen Truppen vollendet und Befehl zu ihrer Zurückziehung unbedenklich gegeben werden kann.“ Wenn er jetzt den Wunsch äußern würde, der Präsident der ukrainischen Republik, die deutschen Truppen zurückzuziehen, welche Antwort würde er wohl bekommen?

Unruhe in Nordböhmen.

Anschluß an Deutschland?

Sind wir in Deutschland mit unseren Nahrungsmitteln schon knapp bestellt, so liegen die Verhältnisse in den angrenzenden böhmischen Gebieten Oesterreichs noch viel trauriger. Kein Fleisch, kein Fett, keine Butter, kein Mehl, wenig Brot, kurzum die Verhältnisse sind seit Monaten so trostlos, daß man selbst unsere Ernährung im Reiche noch als glänzend ansieht, gegenüber den Entbehrungen, welche die armen Bewohner Böhmens aushalten. Nach und nach wird aber die Stimmung immer gereizter und sie äußert sich neuerdings sogar in dem Verlangen, den Anschluß der österreichischen Sudetenländer an das reichsdeutsche Verpflegungsgebiet zu erlangen. Der „Schlesischen Zeitung“ liegen darüber zwei bemerkenswerte Telegramme aus Prag vor. Sie lauten:

Prag, 30. April. („Schles. Ztg.“.) Ministerpräsident Dr. v. Seidler hatte vor kurzem an den Abgeordneten Fahrner ein Schreiben gerichtet, in dem er die Errichtung eines besonderen nordböhmischen Verpflegungsgebietes in Aussicht stellte. Abgeordneter Fahrner hat nun dieses Schreiben des Ministerpräsidenten mit einem längeren Brief beantwortet, worin er unter anderem sagt:

Der Vorschlag, ein Wirtschaftsgebiet Nordböhmen zu errichten, welcher von uns schon im Sommer vorigen Jahres gemacht, aber nicht durchgeführt wurde, ist für uns unannehmbar, weil er vier Monate vor der Ernte keinen praktischen Wert hat.

In dem Brief heißt es dann weiter: Nun ist in der letzten Zeit meine Forderung auf den wirtschaftlichen Anschluß an das Deutsche Reich aufgestellt worden, und es wird auch die Regierung gezwungen sein, dazu Stellung zu nehmen. Da die Verhältnisse in Deutsch-Böhmen von Tag zu Tag trostloser werden, fordere ich, daß sich die Regierung mit der deutschen Regierung bezüglich der Einverleibung der deutsch-böhmischen Nordstaatsbezirke in das deutsche Verpflegungsgebiet ins Einvernehmen setzt, und ich erbitte mir bis zum 5. Mai eine Nachricht über den Erfolg. Sollte bis dahin eine Aussicht auf die Berücksichtigung unserer Forderung seitens der österreichischen Regierung nicht erkennbar sein, so werde ich der Bevölkerung meines Bezirks und ganz Deutsch-Böhmens den letzten Schritt nennen, zu dem sie die Verzweiflung treibt, der aber getan werden muß, wenn wir vor dem Hungertode gerettet werden sollen.

Prag, 1. Mai. („Schles. Ztg.“.) Die gestrige außerordentliche Vollversammlung des deutschen Volksrates in Lobositz faßte drei Entschließungen, in denen sie den Rücktritt des Ministerpräsidenten forderte und die rücksichtsloseste Opposition der deutschen Abgeordneten gegen die derzeitige Regierung verlangte. Die Hungersnot in Deutsch-Böhmen müsse unbedingt gebannt werden, sonst müsse man Zuflucht bei den Brüdern im Deutschen Reich und eine Audienz beim Kaiser erwirken.

Der zweite Tag

der Wahlrechtsdebatte im Abgeordnetenhause brachte zunächst eine lange Rede des nationalliberalen Abgeordneten Dr. Lohmann, der natürlich seinen Zweistimmenantrag empfahl, sich aber doch wohl keinen Hoffnungen über dessen Aussichten mehr hingab. Sollte er noch welche gehabt haben, so zerstörte sie gleich darauf Minister Dr. Drews, der auch das Zweistimmenwahlrecht als für die Regierung unannehmbar erklärte. Im übrigen trat der Minister nachdrücklich für das gleiche Wahlrecht ein und ließ sich auch durch die bis zu einem beleidigenden Zuruf sich steigernde Unfreundlichkeit der Rechten nicht beirren. Der fortschrittliche Abgeordnete Dr. Pachnicke setzte sich gründlich mit Heydebrand und den übrigen Wahlrechtsgegnern auseinander. Darauf ergriff Genosse Hirsch das Wort, der gegenüber dem Freikonservativen Lüdicke den unbedingt plutokratischen Charakter jedes Mehrstimmenwahlsystems nachwies, unsere grundsätzlichen Forderungen für das Frauenwahlrecht, für die Herabsetzung des Wahlalters, für wirkliche Gleichheit des Wahlrechtes in jeder Beziehung entwickelte und schließlich die Regierung aufforderte, mit der Auflösung des Hauses nicht zu zögern, wenn in der zweiten Lesung das gleiche Wahlrecht nicht eine Mehrheit finden sollte. Der unabhängige Sozialdemokrat Ströbel drohte tatsächlich mit der Ablehnung der Regierungsvorlage durch die unabhängigen Sozialisten!

Die Weiterberatung wurde auf Donnerstag vertagt. An der Wand des Sitzungssaales hängt noch eine lange Rednerliste, so daß die Abstimmung über die §§ 1—3 noch nicht einmal am Donnerstag sicher ist.

Für die Abstimmung liegen die Dinge so, daß gegen das gleiche Wahlrecht stimmen werden 140 Konservative, etwa 15 Freikonservative, etwa 10 Zentrumsabgeordnete und ungefähr 35 Nationalliberale. Dafür werden stimmen rund 60 Fortschrittler, Sozialdemokraten und Polen, 90 Zentrumsleute und 40 Nationalliberale und Freikonservative. Das würde eine Mehrheit von fast 40 Stimmen gegen das gleiche Wahlrecht geben, aber es dürften auf der Rechten und bei den wahlrechtsfeindlichen Zentrumsleuten manche bei der Abstimmung fehlen. Immerhin scheint die Ablehnung des gleichen Wahlrechts morgen ziemlich gewiß. Die Regierung wird dann versuchen, bis zur dritten Lesung noch eine Mehrheit zusammen zu bekommen. Gelingt ihr das nicht, dann kann sie die Auflösung des Abgeordnetenhauses nicht länger vermeiden.

120000 zurückkehrende Gefangene.

Berlin, 1. Mai. (W. T.-B.) Am 26. April 1918 sind in Bern die seit mehreren Wochen zwischen Vertretern der deutschen und der französischen Regierung über Gefangenenfragen geführten Verhandlungen zu einem befriedigenden Abschluß gelangt. Die getroffenen Vereinbarungen sind nunmehr den beiden Regierungen zur Genehmigung vorgelegt worden. Das wichtigste Ergebnis wird

die Entlassung einer großen Anzahl deutscher und französischer Kriegsgefangener

sein. Bei einer Mindestdauer der Gefangenschaft von 18 Monaten sollen kriegsgefangene Offiziere in der Schweiz interniert, Unteroffiziere und Mannschaften unmittelbar in die Heimat entlassen werden, und zwar ist für die Reihenfolge der Tag der Gefangennahme entscheidend. Austausch und Internierung sollen sich grundsätzlich Kopf um Kopf vollziehen. Nur für die an Zahl verhältnismäßig geringen Klassen der mehr als 45 Jahre alten Kriegsgefangenen und der mehr als 40 Jahre alten Familienväter mit mindestens drei Kindern konnte aus Gründen der Menschlichkeit von dem Austausch Kopf um Kopf abgesehen werden. An deutschen Kriegsgefangenen, die sich 18 Monate in französischer Gefangenschaft befinden, kommen zurzeit etwa

2000 Offiziere und 120 000 Mann

in Betracht. Selbstverständlich wird der Abtransport so großer Zahlen Kriegsgefangener viele Monate in Anspruch nehmen und zumal bei ihrer Loslösung aus dem Wirtschaftsleben beider Völker auf ihren rechtzeitigen Ersatz Bedacht genommen werden müssen.

Kriegsgefangene, die am 15. April 1918 in der Schweiz krankheitshalber interniert waren, werden, sofern sie vor dem 1. November 1916 in Feindeshand geraten sind, unverzüglich in die Heimat entlassen. Die früheren Vereinbarungen über die Entlassung und Internierung kranker und verwundeter Kriegsgefangenen werden durch das neue Abkommen nicht berührt.

Das zweite wesentliche Ergebnis der Berner Verhandlungen sind Bestimmungen über die

Entlassung derjenigen Zivilpersonen,

die zurzeit in einem der beiden Länder interniert sind oder jemals während des Krieges interniert waren. Solche Personen können auf ihren Wunsch ohne Rücksicht auf Alter und Geschlecht das Land, in dem sie zurückgehalten werden, verlassen und nach ihrem früheren Wohnsitz zurückkehren. Dies Ergebnis ist um so erfreulicher, als damit auch den noch in Frankreich befindlichen Elsaß-Lothringern die Möglichkeit geboten wird, in die Heimat zurückzukehren.

Außerdem enthalten die Vereinbarungen u. a. eine Reihe von wichtigen Bestimmungen über die Einrichtung von [illegible]

Vertretern in den Gefangenenlagern

über die Ernährung der Kriegsgefangenen, insbesondere [illegible] die Vollstreckung [illegible] und disziplinaren Strafen, sowie die Behandlung der [illegible] Belegten [illegible]. Nach Bestätigung der Vereinbarungen durch die beiden Regierungen werden nähere Einzelheiten bekanntgegeben werden.

Besonders Anerkennung dem günstigen Verlauf und [illegible] Verhandlungen hat die schweizerische Regierung, unter deren Leitung die Verhandlungen stattfanden. Die Schweiz hat sich damit von neuem unvergängliche Verdienste erworben, indem sie ein Werk der Menschlichkeit förderte, das hunderttausende unglückliche Opfer dieses Krieges betreffen und ihre Angehörigen [illegible]

Die Fortsetzung der Wahlrechtsdebatte.

Abgeordnetenhaus.

139. Sitzung vom 1. Mai, vorm. 11 Uhr.

Am Ministertische: Dr. Drews.

Fünf neu eingetretene Mitglieder leisten den verfassungsmäßigen Eid.

Zweite Lesung der Wahlrechtsvorlagen.

Die allgemeine Aussprache wird bei den §§ 1—3 fortgesetzt.

Abg. Dr. Lohmann (natl.):

Ich spreche nur für die Hälfte meiner Fraktion. (Heiterkeit). Unser Standpunkt ist ja bekannt. Diejenigen meiner politischen Freunde, die hinter mir stehen, halten an ihrem Widerstande gegen die Vorlage der Regierung fest (Lebh. Beifall rechts, ironischer Zuruf links: Bravo rechts!)

Wir befürchten bei einer Gesetzwerdung der Vorlage ein sehr starkes Anwachsen der sozialdemokratischen Partei. (Lebh. Zust. rechts.) Das Reichstagswahlrecht würde in Preußen radikaler wirken als im Reichstage. Dazu kommt der Einfluß der Polen als einer absoluten Oppositionspartei in Preußen. Wenn die sozialdemokratischen Stimmen in Preußen in dem Maße anwachsen, wie sie nach den letzten Reichstagswahlen angewachsen waren, dann wird die Zahl der sozialdemokratischen Mandate derart anschwellen, daß sie in absehbarer Zeit mit den Polen und Welfen die Mehrheit im Abgeordnetenhaus haben wird. (Zust. rechts.) Wir werden dann etwa 112 Sozialdemokraten, [illegible] Polen, 3 Welfen und 2 Dänen haben, zusammen 157 Stimmen. Mit den fortschrittlichen Abgeordneten kommen wir auf 192, was der absoluten Mehrheit von 223 außerordentlich nahe kommt. Wir stehen vor einem allgemeinen Reichswahlbündnis der Fortschrittler mit der Sozialdemokratie. (Zust. rechts u. b. d. Natl.) Ich glaube, daß wir mit der Möglichkeit rechnen müssen, daß in absehbarer Zeit eine sozialdemokratisch-polnisch-fortschrittliche Mehrheit im Abgeordnetenhause sein wird. Die Regierung verkennt zwar nicht, daß eine gewisse Radikalisierung eintreten werde, aber sie hat mit dem Optimismus, der sie bei der Vertretung der Vorlage ausgezeichnet hat, immer wieder erklärt, dieser Radikalismus würde nicht mehr so gefährlich sein wie vor dem Kriege. Auch meine Fraktion hofft, daß ein großer Teil der sozialdemokratischen Wählermassen sich inbezug auf die nationalen Forderungen des Staates anders verhalten wird als vor dem Kriege und daß er nicht auf den Wegen der Hoffmann und Genossen wandeln wird. Das wird aber weder dem Wachstum der Sozialdemokratie Abbruch tun, noch die Gefährlichkeit einer sozialdemokratischen Mehrheit mindern. Je weniger die Sozialdemokratie die monarchischen, nationalen und religiösen Gefühle der staatsfreundlich gesinnten Arbeitermassen verletzt, um so stärker wird ihre Anziehungskraft auf die Arbeiter sein. Ich befürchte daher ein sehr starkes Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen nach dem Kriege. Sie behaupten, daß das Gemeindewahlrecht auf anderen Grundsätzen beruht, als das Staatswahlrecht. Schon bei der jetzigen Mehrheit war die Arbeit schwierig.

Das Unannehmbar der Regierung ist allerdings noch nicht ausdrücklich ausgesprochen. (Widerspruch links.) Wir haben daher einen Antrag auf Einführung des Zweistimmenrechts eingebracht, der, wie fast die ganze Presse zugibt, eine sachliche Annäherung an die Regierungsvorlage bedeutet. Ein Antrag gegen die Freiheit ist er nicht. Kein Arbeitgeber wird einen fähigen Arbeiter nach 5½ Jahren entlassen, damit er keine Zusatzstimme erhält. Ich hoffe, daß in Erwägung der furchtbaren Erregung die ein Wahlkampf im Volke hervorrufen würde, die Regierung zu Verhandlungen bereit sein wird. Dieser Krieg muß dauernde Lehren zeitigen. Wir verlangen eine allgemeine Arbeitspflicht gegenüber dem Staate. Ueberhaupt ist auf sozialem Gebiete noch viel Arbeit zu leisten. Die Bildungsmöglichkeiten müßten erleichtert werden. Man kann wohl das radikalste Wahlrecht einem jungen Ansiedlerstaate geben, aber nicht Preußen, das ein altes Kulturland ist. Es wird stets eine große Menge des Volkes hier geben, die sich nur eine knappe Lebenshaltung leisten können. Es ist natürlich, wenn diese große Schicht stärkere Ansprüche an das Leben stellt, als sie befriedigt werden können. Etwas anderes ist es aber, daß man diejenigen politischen Parteien zur Herrschaft bringen will, die bisher ihre Lebensaufgabe darin gesehen hat, Unerfüllbares zu versprechen. (Widerspruch bei den Soz.) Zum Schlusse sprach der Redner die Bitte aus, den schweren politischen Kampf, in dem man gegenwärtig stehe, nur auf loyale Weise zu führen. Preußen wird auch unter dem gleichen Wahlrecht nicht untergehen. (Hört, hört! [illegible]) Wir möchten aber, so schloß Abg. Lohmann, daß es Preußen nicht unmöglich gemacht werde, eine weithin sichtbare Stätte von Zucht und Ordnung und wirklicher Freiheit, die nicht durch die Demokratie gewährleistet wird, zu sein. (Lebh. Zustimmung auf der Rechten und bei einem Teil der Natl.)

Minister des Innern Dr. Drews:

Wir müssen darauf halten, daß der Kampf der politischen Meinungsverschiedenheit in loyalen Formen geführt wird. Der Vorredner hat die Antwort des Vizepräsidenten auf die Frage des Abg. v. Heydebrand, ob der König bei Erlaß der Botschaft vom 11. Juli v. J. davon unterrichtet gewesen wäre, daß [illegible]

[illegible] Gesamtheit des Ministeriums auch die Ueberzeugung, daß, wie die politische Lage einmal war das gleiche Wahlrecht nicht nur vorgelegt, sondern auch durchgebracht werden mußte (Beifall links), damit die unerträgliche Spannung in unserem politischen Leben aufgehoben werde. Ein leiser Zweifel schien aus den Ausführungen des Vorredners darüber hervorzuleuchten, ob der Ministerpräsident gestern richtig und wirklich den Antrag Lohmann als für die Regierung unannehmbar bezeichnet habe. Sollte darüber noch ein Zweifel bestehen so möchte ich ihn dadurch beheben, daß dieser Antrag für die Regierung unannehmbar ist. (Lebhafter Beifall links.) Es ist darin auch ein plutokratisches Moment weil durchgängig dem selbständigen Unternehmer auf alle Fälle eine Mehrstimme gewährt werden soll. Wir können ein pekuniäres Moment ganz unmöglich als Grund für ein Mehrstimmenwahlrecht zulassen. Es liegt auch nicht in dem Willen des einzelnen Arbeiters allein, ob er zehn Jahre in demselben Arbeitsverhältnis bleibt und darum wäre eine solche Zusatzstimme eine Erschwerung. Gegenüber dem Vorredner stelle ich fest, daß tatsächlich auch nach den statistischen Grundlagen auch beim Pluralwahlrecht eine Mehrheit im Sinne der bisherigen Ostmarkenpolitik nicht zusammenzubekommen sein würde. Die Erklärung der Regierung, daß die positiven Maßnahmen zum Schutz des Deutschtums aufrechterhalten werden sollen allenfalls aber auf die Unterdrückungsmaßregeln gegen die Polen verzichtet werden könne, ist im Ausschuß von der fortschrittlichen und der Zentrumspartei gebilligt worden. Auch ein Parlament des gleichen Wahlrechts wird anerkennen müssen, daß Gemeindewahlrecht und Staatswahlrecht zwei verschiedene Dinge sind. Wenn die Sozialdemokratie nach der Meinung des Vorredners nur dann großen Einfluß behalten wird wenn sie sich auf nationalem Boden stellt so werden die Bedenken des Vorredners hinfällig Aber um die Sozialdemokratie in Preußen anwachsen zu lassen, gibt es kein sichereres Mittel, als die Ablehnung des gleichen Wahlrechts

Die Sozialdemokratie ist groß geworden

als Behältnis aller Unzufriedenen. Eine Ablehnung des gleichen Rechts würde der Sozialdemokratie den schönsten Agitationsstoff geben. (Lebh. Zust. links.) Kommt das gleiche Wahlrecht jetzt nicht, dann kann ein viel radikaleres kommen. (Höhnische Rufe rechts: Sie wollen aus Angst das gleiche Wahlrecht! — Große Unruhe links.) Ich tue meine verfluchte Pflicht und Schuldigkeit und verbitte mir energisch eine derartige Zumutung. (Tosender Lärm rechts, stürmischer Beifall links.) Bei Aenderung des jetzigen Zustandes kann einzig und allein nur das gleiche Wahlrecht eingeführt werden. (Stürmischer, anhaltender Beifall links, Widerspruch und Zischen rechts.)

Abg. Dr. Pachnicke (Vp.):

Herr v. Heydebrand hängt so sehr an seinen alten Vorstellungen, daß er wiederum behauptet hat, das Dreiklassenwahlrecht begünstige den Mittelstand. Wo ist denn der Mittelstand in der konservativen und in der nationalliberalen Partei? Haben die süddeutschen und ausländischen Staaten vom gleichen Wahlrecht irgendwelche Nachteile gehabt? Hat die Demokratie in England eine planmäßige kluge Politik verhindert? Sehen wir nicht unter dem gleichen Recht im Reiche einen glänzenden Aufschwung, so sehr, daß der Neid des Auslandes einer der letzten Kriegsgründe gewesen ist. (Lebh. Zustimmung links.) Wenn Herr v. Heydebrand sagte, daß im Beamtentum unter dem gleichen Wahlrecht nicht mehr Zucht und Ordnung herrschen würde, so setzt er die Beamten des Reiches und verschiedener Bundesstaaten herab. Selbstverständlich muß das Heer straff organisiert sein, aber diese Kriegsnotwendigkeit ist doch kein Beweis für die Wahlrechtsfrage. Sollen die Retter des Vaterlandes bei ihrer Rückkehr sortiert und klassifiziert werden? (Stürm. Zustimmung links.) Wir wollen

ein freies Vaterland schaffen,

das dieser Helden wert ist. (Beifall links.) Auf die ostelbischen Provokationen könnte aus Süddeutschland ein sehr unfreundliches Echo kommen. (Sehr wahr! links.) Die konservativen Aussprüche von der politischen Unreife des Volkes und von der „vox populi, vox Rindvieh“ sind hochmütige Beleidigungen eines Volkes, das schwerste Lasten auf sich nimmt und standhält bis zum Ende. Das rigoroseste Examen ist bestanden, aber das Zeugnis der Reife wird verweigert. An der Streikbewegung hat sich der größte Teil der Arbeiterschaft nicht beteiligt und würde es auch späterhin nicht tun. Wollen Sie die Arbeiterschaft auf nationalem Boden festhalten, dann geben Sie ihr das gleiche Wahlrecht. Durch nichts wird Monarchie und Dynastie fester im Volke verankert, als dadurch, daß das Volk bei der Krone Verständnis und Vertrauen findet; dieses aber wird erschüttert, wenn ein ungekrönter König einflußreicher dasteht als der gekrönte. (Sehr gut! links.)

Gleiches Wahlrecht im Reich und in den Einzelstaaten führt zu einheitlicher Politik und vermindert die Reibungen. Entlasten Sie unser öffentliches Leben von den alten Widersprüchen! Das Mehrstimmenrecht aber verewigt nur die Unruhe, indem es die eine Gruppe bevorzugt und die andere benachteiligt. Bei einer Annahme des Mehrstimmenrechts gibt es für die Regierung nur eins, das ist die Auflösung. (Bravo! links.) Früher haben die Konservativen

den Willen des Königs

als das allein Entscheidende anerkannt, aber ihre Fahne dreht sich je nach dem Zweck. Je länger die Entscheidung hinausgeschoben wird, desto größer wird die Unruhe im Lande, desto üppiger schießt das Mißtrauen ins Kraut. Erregung würde nicht nur im Falle eines Wahlkampfes, sondern auch einer Ministerkrise hervorgerufen werden, denn die Regierung steht und fällt mit dem gleichen Wahlrecht. (Sehr wahr! [illegible]

[illegible] Zeit nicht gefehlt, die persönlichen Verdächtigungen sind kaum noch zu überbieten. Man diskreditiert einen Minister, der des moralischen Kredits gegenüber den Unterhändlern draußen dringend bedarf! Wir fürchten die Auflösung nicht: in einem Wahlkampf müßte sich folgerichtig alles auf ein Ziel einstellen: für oder gegen das gleiche Wahlrecht. Wenn die nationalliberale Partei sich ausschaltet, wird sie die Folgen tragen. Im Wahlkampf darf aber auch die Regierung nicht dulden, daß ihre Politik von ihrem eigenen politischen Beamten durchkreuzt wird. Die Wahlrechtsrebellen müssen wissen, daß sie nicht wie die Kanalrebellen die Treppen hinauffallen. Als Abgeordnete sind natürlich auch die politischen Beamten vollkommen frei. Ich bitte, zuerst über den Antrag Lohmann und dann über das gleiche Wahlrecht abstimmen zu lassen, und nicht erst über die Kommissionsvorlage; denn würde diese angenommen, so würde sonst gar keine Abstimmung über die Kardinalfrage des gleichen Wahlrechts stattfinden. Die weitergehenden Anträge der Sozialdemokraten würden das Schiff zu sehr belasten, wir müssen sie deshalb ablehnen. Vergebens werfen Sie (nach rechts) sich der Strömung entgegen, die durch die ganze Welt geht. Der deutsche Geist des gleichen Wahlrechts muß künftig auch in Preußen gelten. (Stürmischer Beifall links.)

Abg. Dr. v. Heydebrand (kons.): Gegenüber dem Minister des Innern stelle ich fest, daß meine Freunde ihm nicht Angst und Schwäche vorgeworfen haben.

Abg. Lüdicke (fk.):

Die Wahlrechtsvorlage durfte in dieser Zeit nicht kommen. Das gleiche Wahlrecht wird nicht zum Segen Preußens sein. Die große Mehrheit meiner Partei lehnt es ab, denn dieses Wahlrecht gefährdet den Bestand des preußischen Staates. Für die Juli-Botschaft trägt Bethmann-Hollweg allein die Verantwortung. Wir haben nach bestem Wissen und Gewissen zu prüfen, was zum Wohle Preußens dient. Wir sind an dem Konflikt unschuldig. Wir bezweifeln ob die Regierung den Wahlkampf entfesseln will. Wir wollen in Preußen nicht Parlamentarismus und ein Scheinkönigtum aufrichten. Bayern kann das gleiche Wahlrecht ertragen, da dort das Zentrum eine feste Mehrheit hat. Unter dem gleichen Staatswahlrecht ist das gleiche Gemeindewahlrecht unaufhaltsam. Die Entwicklung wird über die Auffassung der Regierung hinweggehen. Der Kommissionsantrag ist in hohem Maße demokratisch. (Gelächter links.) Wir wollen an der Einführung des gleichen Wahlrechts nicht mitschuldig werden. (Sehr richtig! rechts).

Abg. Hirsch-Berlin (Soz.):

Der Ausschuß hat sich mit einem Fleiß, der einer besseren Sache würdig gewesen wäre, bemüht, die Vorlage so zu verschlechtern, daß sie für alle wirklichen Wahlrechtsfreunde ebenso unannehmbar geworden ist, wie für die Regierung. Das gleiche Wahlrecht soll durch ein völlig plutokratisches Mehrstimmenwahlrecht ersetzt werden. Im Kriege hat gerade der einfachste Mann die schwersten Opfer gebracht; diejenigen aber, die Gut und Blut auf dem Altar des Vaterlandes geopfert haben, sollen weniger Stimmen erhalten als die, die in der Heimat ihrem Geschäft nachgehen konnten oder gar auf Kosten ihrer Mitmenschen Kriegsgewinne erzielt haben. (Hört, hört! b. d. Soz.) Wie konnte der Vorredner ein Sechsstimmenwahlrecht als demokratisch bezeichnen? Die große Mehrzahl der Wähler würde nach wie vor entrechtet bleiben. Abg. Lohmann hat ausdrücklich die Aufstiegsmöglichkeit der breiten Masse des Proletariats in den Mittelstand verneint; wie kann man aber dann dem plutokratischen Mehrstimmenwahlrecht zustimmen. Es ist unrichtig, daß jeder Aufwärtsstrebende Zusatzstimmen bekommen kann. Die Zusatzstimme für Alter und Kinderzahl wird der großen Mehrzahl von Arbeitern, die in gesundheitsgefährlichen Berufen beschäftigt sind, nicht zuteil werden. Wenn im Ausschuß gesagt wurde, jeder Arbeiter könne mit Leichtigkeit 6000 Mark ersparen und dadurch die Zusatzstimme für Vermögen erwerben, so trifft das einmal nur für einen sehr geringen Teil der Arbeiterschaft zu, aber selbst da nur deshalb, weil infolge des Rohstoffmangels die notwendigen Anschaffungen nicht gemacht werden konnten. Auch zur Ausübung selbständiger Erwerbstätigkeit ist ein gewisses Vermögen erforderlich und in den allermeisten Fällen auch zur Erlangung höherer Schulbildung. Der neue Antrag Lohmann ist ein Ausnahmegesetz gegen die Arbeiterklasse und

gegen die Kriegsbeschädigten

sowie gegen die Kriegsteilnehmer überhaupt, soweit sie noch nicht 35 Jahre alt sind.

Wie kann das gleiche Wahlrecht

ein Sprung ins Dunkle

sein, wenn wir es im Reiche schon seit Jahrzehnten haben und ebenso in vielen Bundesstaaten. In seiner Besorgnis vor einer Gefährdung Preußens kommt nur die Angst vor einer Zusammensetzung des Hauses zum Ausdruck, bei der die freikonservative Fraktion zum größten Teil verschwinden würde. Abg. Lohmann sprach von einer Ueberflutung des öffentlichen Lebens durch die Sozialdemokratie und einer Unterdrückung anderer Parteien nach dem gleichen Wahlrecht. Heute ist es umgekehrt. Die Sozialdemokratie wird unterdrückt und die Konservativen überfluten das ganze öffentliche Leben in Preußen, obwohl sie sich nicht auf die große Masse der Wähler stützen können. Wollen Sie eine Unterdrückung anderer Parteien verhindern, so müssen Sie auch das Verhältniswahlsystem einführen in Verbindung mit dem geheimen und direkten Wahlrecht. Die jetzige Polenpolitik, deren Aenderung beim gleichen Wahlrecht Abg. Lohmann befürchtete, haben wir stets bekämpft. Auch die Polen müssen als gleichberechtigte Staatsbürger behandelt werden. Uebrigens sind die Polen keineswegs eine Oppositionspartei. In allen Fragen der Kirche und Schule, in den Agrarfragen gehen sie mit der Mehrheit dieses Hauses zusammen.

Was die Rückwirkung auf das Gemeindewahlrecht betrifft, so sind wir stets für das gleiche Wahlrecht auch in den Gemeindevertretungen eingetreten. Wir wollen eben in allen Gliedern ein demokratisches Preußen haben. Erst dann kommt der Wille des Volkes, der uns noch immer als der höchste Wille gilt, wirklich zur Geltung. In der Kommission hat man sich nun nicht gescheut, von der angeblichen Unreife des deutschen Volkes zu sprechen. (Hört, hört! bei den Soz.) Das bietet man dem Volke, durch dessen Einsicht es überhaupt erst möglich geworden ist, diesen Krieg nach außen siegreich zu führen und im Innern durchzuhalten. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Sie mögen das gleiche Wahlrecht jetzt zu Fall bringen, die Macht haben Sie. Aber glauben Sie nicht, daß der Wahlkampf dann zur Ruhe kommt. Keine Macht der Welt wird imstande sein, dem Volke seinen Anteil an Gesetzgebung und Verwaltung auf die Dauer streitig zu machen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Graf Spee sprach von der

Stimmung an der Front.

Ich bezweifle, daß er die wirkliche Stimmung kennt. Kommt denn ein Major im Divisionsstab in Berührung mit den gewöhnlichen Soldaten? Was er vorgetragen hat, mag die Stimmung in gewissen Offizierkreisen sein, aber nicht die Stimmung der großen Masse an der Front. Wenn ein Teil des Zentrums jetzt gegen das gleiche Wahlrecht stimmt, so setzt es sich damit nicht nur mit der Stimmung dieser seiner Arbeiterschaft in Widerspruch, sondern auch mit dem, was von jeher das Zentrum durch seinen hervorragendsten Führer programmatisch in diesem Hause vertreten hat. (Hört, hört! b. d. Soz.)

Wir stehen auf dem Standpunkt, daß das Wahlrecht unabhängig von den Steuern sein soll, und daß es nicht nur den Männern, sondern auch den Frauen eingeräumt werden muß. Der Krieg hat diese Forderungen glänzend gerechtfertigt. (Sehr wahr! bei den Soz.) England ist zum Frauenwahlrecht übergegangen, es weiß genau, daß es zum Wiederaufbau nach dem Kriege auf die Mitarbeit und Mithilfe der Frauen angewiesen ist. Auch Norwegen, Finnland, Holland und andere Staaten haben im Kriege das Frauenwahlrecht eingeführt. Im übrigen haben wir unsere grundsätzlichen Wahlrechtsforderungen wieder als Antrag eingebracht.

Für den Fall der Ablehnung

des gleichen Wahlrechts scheint die Regierung nicht an eine sofortige oder baldige Auflösung des Hauses zu denken. Der Ministerpräsident sprach von neuen Sicherungsanträgen. Aber entweder die Sicherungen sind so, daß ein großer Teil der Nationalliberalen oder Freikonservativen ihnen zustimmen, dann müßte die Linke sich fragen, ob um den Preis solcher Sicherungen das gleiche Wahlrecht nicht zu teuer bezahlt sei; oder die Sicherung genügt den Wahlrechtsgegnern doch nicht, dann würde alles so bleiben wie bisher. Da eine Verständigungsmöglichkeit nicht zu erblicken ist, halten wir es für das Richtigste, daß die Regierung in zweiter Lesung, wenn sie eine Mehrheit nicht findet, das Haus auflöst. Zeigt die Regierung, daß sie nicht mit sich handeln läßt, dann leistet sie dem Volke den besten Dienst und so wird sie am ehesten die neue Wahlrechtsvorlage durchbringen.

Die Erschütterungen, die der Vorredner vom Wahlkampf befürchtet, sie sind da. Beim Wahlkampf würden die Parteien in Anhänger und Gegner des gleichen Wahlrechts zerfallen. Auf der einen Seite würde die ungeheure Zahl der Arbeiter, Angestellten, Beamten und Männer der Wissenschaft, auf der anderen Seite die kleine Zahl der Agrarier und der Schwerindustriellen stehen. Da müßte es mit dem Teufel zugehen, wenn die Mehrheit sich nicht aus Anhängern des gleichen Wahlrechts zusammensetzen sollte. Die Feldgrauen sind von der Entscheidung auch ausgeschlossen, wenn wir nach Beendigung des Krieges zu neuen Wahlen schreiten, denn unter dem Dreiklassenwahlrecht würden alle Feldgrauen, da sie wirtschaftlich ruiniert sind, in die dritte Abteilung geraten, also von Kriegsgewinnlern und dergleichen überstimmt werden. Die Feldgrauen würden dann ebensowenig zu reden haben wie jetzt; aber sie würden all denen Dank wissen, die mit uns für das gleiche Wahlrecht kämpfen, wenn wir es ihnen möglich machen, in ein Vaterland zurückzukommen, in dem sie sich wirklich heimisch fühlen können. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Freilich dürfte nicht durch

die Militärdiktatur

die Agitation für das gleiche Wahlrecht unmöglich gemacht werden, wie das immer wieder geschieht. (Hört, hört! links.) Die Gegner wollen mit Gewalt der Entwicklung Einhalt tun. Aber das gleiche Wahlrecht wird kommen, denn es muß sich durchsetzen als eine geschichtliche Notwendigkeit. Noch haben Sie es in der Hand, zu entscheiden, ob die Entwicklung sich friedlich oder in anderen Bahnen, die wohl keiner von uns wünscht, vollziehen wird. Es handelt sich nicht um eine preußische, sondern um eine deutsche Frage. Das „preußische Regiment“ ist mit eine Ursache dafür, daß wir

so wenig Freunde in der Welt

haben. Wir wollen nicht, daß dem Haß gegen Preußen und gegen Deutschland neue Nahrung gegeben wird durch das Gebaren einer kleinen Clique, die ihre Herrschaft nur noch einem überlebten Wahlsystem verdankt.

Die Schicksalsstunde Preußens hat geschlagen. Das alte Preußen wird [illegible] oder ein neues, besseres Preußen sich aus seinen Trümmern erheben. Sorgen Sie dafür, daß Sie unter den Trümmern nicht begraben werden. Beweisen Sie, daß die große Zeit kein kleines Geschlecht findet. Lassen Sie die Gelegenheit, die sich jetzt für Sie bietet, nicht ungenutzt vorübergehen. (Bravo! bei den Soz.)

Abg. Ströbel (U. Soz.):

Die Konservativen wollen es offenbar auf [illegible]

bis aufs Messer, mit dem Volke ankommen lassen, das ihnen wohl gut genug ist als Kanonenfutter, dem sie aber gleiche Bürgerrechte vorenthalten wollen. Dagegen wird das arbeitende Volk den schärfsten Kampf führen müssen, aber auch gegen die Regierung, die gestern schon erkennen ließ, daß sie mit sich reden lassen werde. Bei einer Auflösung des Hauses allerdings würden die Konservativen nichts zu gewinnen, aber viel zu verlieren haben. Doch es hat nicht den Anschein, als ob die Regierung es darauf ankommen lassen will; die Rede des Ministerpräsidenten war eine einzige Einladung zum reaktionären Kuhhandel auf Kosten der Volksrechte. Durch allerhand Sicherungen will man das gleiche Wahlrecht wieder aufheben, und das künftige Abgeordnetenhaus zu politischer Ohnmacht verurteilen. Von einem wirklich gleichen Wahlrecht kann bei der jetzigen Wahlkreiseinteilung überhaupt keine Rede sein. Der Entwurf ist lediglich eine Vorspiegelung des gleichen Wahlrechts, vor allem auch durch die Vorenthaltung des Wahlrechts an die Frauen. Auch die Fortschrittler erweisen sich als lediglich platonische Freunde des Frauenwahlrechts. Der Abg. Hirsch hat diese ganzen Bestimmungen und auch den Antrag Lohmann mit Recht eine Verhöhnung der Arbeiter genannt. Doch auch ohne diese Verschlechterung ist, wie gesagt, die Vorlage so undemokratisch, daß jeder wirkliche Freund der Demokratie die **Vorlage ablehnen muß**. (Bravo! bei den U. Soz.) Die Regierung hat ja selbst erklärt, daß, wenn diese Vorlage fällt, ein viel radikaleres Wahlrecht kommen wird. In der Tat: Dann wird das Volk in der Heimat und im Felde sich eine bessere Wahlreform erzwingen. Das Volk wird sein Recht erobern, es ist ja gerade jetzt nicht wehrlos. Mögen auch die Regierungssozialisten sich jetzt auf die Seite des Volkes stellen. Fürchten Sie sich nicht vor dem Vorwurf des Landesverrats. Das Volk weiß, wo die wahren Landesverräter am Volke sitzen. Der Wahlrechtskampf der Zukunft wird alle Widerstände hinwegfegen. (Lebhafter Beifall bei den U. Soz.)

Die Weiterberatung wird auf Donnerstag 11 Uhr vertagt.

Deutscher Reichstag.

155. Sitzung, Mittwoch, den 1. Mai, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstische: Frhr. von Stein, Scheuch.

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des Entwurfs betreffend

Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung.

Abg. **Becker-Arnsberg** (Ztr.): Bei der Aufhebung des § 153 der G.-O. handelt es sich um eine alte Forderung des Zentrums, denn zweifellos bedeutet dieser Paragraph ein Ausnahmegesetz, das unbedingt fallen muß. Während Unternehmer nach diesem Paragraphen nur sehr selten in Strafe genommen worden sind, sind Arbeiter in Tausenden von Fällen sehr hart bestraft worden. Dem eingebrachten Entwurf stimmen wir ohne Ausschußberatung zu.

Abg. **Ebert** (Sozialdemokrat): Dieser § 153 ist ganz zweifellos ein Ausnahmegesetz, denn gegen Arbeitgeber ist er nicht anwendbar, sie haben genügend wirtschaftliche Möglichkeiten, um dem Paragraphen aus dem Wege gehen zu können. Das gibt ganz unumwunden jetzt auch die Regierung in ihrer Begründung zu. Der Paragraph hat einen so vieldeutigen und gehässigen Charakter, daß selbst bei den harmlosesten Zusammenkünften in wirtschaftlichen Kämpfen auf harte Gefängnisstrafen für Arbeiter erkannt worden ist. Dem allgemeinen Rechtsempfinden wird mit diesem Paragraphen geradezu ins Gesicht geschlagen. Kein Wunder, daß seine Handhabung zu einer ständigen Quelle tiefster Erbitterung für die Arbeiter werden muß. Alle gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen ohne jede Rücksicht auf die politische und religiöse Stellung ihrer Mitglieder stimmen in der Beurteilung dieses Paragraphen überein. Wir sind deshalb mit der glatten Erledigung ohne Kommissionsberatung einverstanden und werden der Vorlage zustimmen. (Bravo! b. d. Soz.)

Abg. **Dove** (Vpt.): Wir stimmen der Vorlage zu. Der Liberalismus hat seinerzeit Anstoß dazu gegeben, statt der Einzelverträge Kollektivverträge von Organisation zu Organisation zu schaffen. Hier liegt eine Ausnahmebestimmung vor, die beseitigt werden muß. Auch andere Bestimmungen könnten noch als Ausnahmebestimmungen angesehen werden, doch begnügen wir uns heute mit der Zustimmung zu dieser Vorlage.

Abg. Dr. **Junck** (natl.): Eine Minderheit meiner Freunde hat Bedenken gegen die Vorlage, die Mehrheit meiner Freunde dagegen stimmt ihr ohne Kommissionsberatung zu.

Abg. **Schiele** (kons.): Es handelte sich hier nicht nur um eine soziale, sondern auch um eine politische Frage. Fällt der § 153 der GO., so werden die wirtschaftlichen Kämpfe noch eine größere Erbitterung annehmen. Man kann hier nicht von einem Ausnahmegesetz sprechen, sondern der Paragraph soll Schutz gegen den Terrorismus der Streikenden geben. Wir können seine Aufhebung nicht billigen. (Beifall b. d. Kons.)

Abg. **Behrens** (D. Frakt.): Die Gewerkschaften haben alles getan, um das Durchhalten in der schweren Kriegszeit zu ermöglichen. Ihrer einmütigen Forderung muß man also Rechnung tragen.

Abg. **Jaeckel** (U. Soz.): Auch meine politischen Freunde begrüßen die Regierungsvorlage und erblicken in ihr einen Fortschritt. Gerade der Abg. Schiele ist am wenigsten befugt, über Terrorismus zu sprechen — gehört er doch jenen Kreisen an, die den schlimmsten Terrorismus gegen nicht willige Unternehmer ausgeübt haben. (Beifall bei den U. Soz.)

Abg. **Nowitzki** (Pole) erklärt das Einverständnis seiner Freunde mit der Vorlage.

Die Debatte schließt. Die zweite Lesung wird

Es folgt die erste Beratung des Entwurfs eines

Arbeitskammergesetzes.

Staatssekretär des Reichswirtschaftsamts Frhr. v. **Stein**: Wir müssen die Kräfte für den wirtschaftlichen Kampf, den uns die Feinde für die Zeit nach Beendigung des Krieges auf das ernstlichste androhen, zusammenhalten. Eines der wichtigsten Probleme ist dann die Regelung des Arbeitsverhältnisses. Die Millionen, die den Waffenrock ausziehen und den Arbeitskittel anziehen werden, werden dann den Arbeitsmarkt sehr verändert wiederfinden, daß dann keine schweren Erschütterungen eintreten, muß eine unserer Hauptsorgen sein, und dazu soll auch das Arbeitskammergesetz dienen. Das Gesetz soll die nach dem Kriege kommende Entwicklung fördern und schwere Erschütterungen verhüten.

Abg. **Schiffer-Borken** (Ztr.): Wir begrüßen die Vorlage, jedoch bedarf sie in wesentlichen Punkten noch der Verbesserung. So wird die Frage ernstlich zu prüfen sein, ob der Aufbau der Arbeitskammern eine räumliche oder fachliche Grundlage haben soll. Weiter wären besondere Arbeiterabteilungen bei den Arbeitskammern zu wünschen. Das Vertrauen der Arbeiterschaft zu den Kammern würde dann erheblich größer sein. Wir beantragen die Ueberweisung der Vorlage an einen Ausschuß von 28 Mitgliedern.

Abg. **Legien** (Soz.): Die Vorlage ist beseelt von dem Geist, den wir in der Arbeitergesetzgebung stets hatten, nämlich dem Geist des Mißtrauens gegen die Arbeiter. Die Arbeitskammern sollen ja nicht für die Unternehmer, sondern für die Arbeiter geschaffen werden, wie auch die Regierung in der Begründung hervorhebt. Dann hätte man aber die Wünsche der Arbeiterorganisationen berücksichtigen sollen. Als der erste Staatssekretär des Reichswirtschaftsamts Schwander aus dem Amte schied, erklärte er unserem Kollegen Bauer, alle sozialen Gesetze würden einer aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern zusammengesetzten sozialen Kommission zur Begutachtung vorgelegt werden. Bisher haben wir von dieser Kommission nichts gehört. (Hört, hört! b. d. Soz.) Und auch diese Vorlage hat einer solchen Kommission nicht vorgelegen. Unsere Wünsche sind in dem vorliegenden Entwurf aber übergangen. Dabei hätte doch die Regierung gerade hier Gelegenheit gehabt, in großzügiger Weise zu zeigen, daß sie für die Arbeiter nicht nur Worte, sondern auch Taten hat. Es wird noch der Versuch gemacht, in dieses Gesetz ein kleines Streikverbot für die Eisenbahner und Postbeamten hineinzubringen. Die Regierung hält an der beruflichen Gliederung der Arbeitskammern fest. Wir müssen die territoriale Gliederung verlangen. 1866 wollte die preußische Regierung das Koalitionsverbot für Landarbeiter aufheben, nicht aus Zweckmäßigkeit, sondern aus Gerechtigkeit. Der jetzige Entwurf schließt die **Landarbeiter** aus; wir müssen sie aus Gerechtigkeit in die Arbeitskammern einbeziehen. (Lebh. Sehr richtig!) Wenn der Arbeiterschaft nicht sehr schwere Enttäuschung bereitet werden soll, wird der Entwurf nicht nur in seinen einzelnen Teilen, sondern in seinen Grundzügen umgestaltet werden müssen. (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Abg. **Weinhausen** (Vpt.): Der Vorredner hat nur Schattenseiten in dem Entwurf gesehen. Er ist aber doch der erste Schritt dazu, den Arbeitern eine gesetzliche Vertretung zu geben. Und deswegen begrüßen wir ihn mit Freuden. Zu bedauern ist, daß die Landarbeiter von ihm ausgenommen sind. In der Kommission werden wir uns bemühen, diesem Mangel abzuhelfen.

Abg. **Ickler** (natl.) bedauert die Ausnahmebestimmungen für die Eisenbahnarbeiter, die die Kommission beseitigen möge.

Abg. Dr. **Wildgrube** (kons.) bestreitet, daß zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern starke Interessengegensätze bestehen müssen und verlangt die Aufrechterhaltung des § 153.

Abg. **Behrens** (Dt. Frakt.) tritt für die Einbeziehung der Landarbeiter in das Gesetz ein; andernfalls müßte der Entwurf abgelehnt werden.

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Donnerstag 1 Uhr.

Schluß: 6½ Uhr.

Die Steuervorlagen

in der Kommission.

Berlin, 1. Mai. Der Hauptausschuß des Reichstags begann heute die Beratung der ihm zugewiesenen Steuervorlagen.

Auf den Vorschlag des Abg. **Ebert** (Soz.) zunächst zu erörtern, wie ein besserer Ausgleich zwischen den vorgeschlagenen Verbrauchs- und Verkehrssteuern einerseits und den Besitzsteuern andererseits herbeigeführt werden könne, erwiderte der Vorsitzende, die allgemeine Aussprache in den Vorsitzungen habe gezeigt, daß die Mehrheit des Reichstages bereit sei, den Besitz in schärferer Weise zu erfassen, aber zu Art und Umfang der Steuern wollten die Fraktionen vorher Stellung nehmen. Gegenüber dem Wunsche des

Abg. **Erzberger** (Zentr.) eine statistische Uebersicht über die Ergebnisse des Wehrbeitrags und der Kriegssteuern nach Stufen und nach Bundesstaaten vorzulegen, stellte Staatssekretär Graf Roedern eine solche Statistik für den Wehrbeitrag in Aussicht, erklärte sie aber zurzeit für unmöglich für die Kriegssteuern.

Zu einer Anfrage des Abgeordneten Junck (Natl.) betreffend Maßnahmen gegen Schiebungen mit Goldwaren und Luxusartikeln zum Zwecke der Steuerhinterziehung äußerte Staatssekretär Graf Roedern, der Wunsch, durch eine Bundesratsverordnung die Luxussteuern zu sichern, könne vom Bundesrat nur erfüllt werden, wenn er von seiten des Reichstages deutlich ausgesprochen werde.

Der Hauptausschuß beschloß darauf, daß eine alsbald zu erlassende Bundesratsverordnung Maßnahmen zur Sicherung der Luxussteuern anordnen wolle. Hierauf wurde in die Beratung des Entwurfs betreffend Aenderung der mit den Post- und Telegraphengebühren zu erhebenden außerordentlichen Reichsabgabe-

Der Berichterstatter, Abg. **Gothein**, regt an, das Weltpostporto für Briefe auf 15 Pfg. festzusetzen. Die Befreiung der Fürsten von den Reichsabgaben müsse beseitigt werden. Die in Frage kommenden Familien sollten selbst auf ihre Privilegien verzichten und nicht erst einen Beschluß des Reichstags abwarten.

Abg. Dr. **Südekum**: Wir haben schwerwiegende Bedenken gegen die jetzt vorgeschlagene Gebührenerhöhung.

Die Portofreiheit der Fürsten

muß beseitigt werden, und zwar gleich in dem vorliegenden Gesetz. Während des Krieges sind die Fürsten steuerlich in einer Weise geschont worden, die gar nicht mehr zu verantworten ist. Die Telegrammfreiheit des Kronprinzen ist gesetzlich in keiner Weise begründet.

Abg. **Vogtherr** (U. Soz.) wendet sich gegen die Erhöhung der Postabgaben. Die Aufhebung der Portofreiheit der Fürsten, die schon Herr Helfferich zugesagt, sei nicht mehr zu umgehen. Für Drucksachen im Ortsverkehr sollte man ein billigeres Porto schaffen.

Staatssekretär **Graf v. Roedern**: Ich finde in dem Protokoll nicht das, was der Herr Vorredner gesagt hat. Staatsminister Helfferich hat nur auf den Wehrbeitrag hingewiesen und weiter ausgeführt, daß sich auch für die Kriegsgewinnsteuer ein Modus finden werde. Von der Aufhebung der Portofreiheit der Fürsten hat mein Vorgänger nicht gesprochen.

Abg. Dr. **Pfleger** hat erhebliche Bedenken gegen die Erhöhung der Fernsprechgebühren. Der Reichstag könne für Bayern und Württemberg die Portofreiheit nicht aufheben. Das sei Sache der dortigen Landesvertretungen. Dagegen sei die Portofreiheit des Kronprinzen in keiner Weise gesetzlich begründet.

Abg. **Meyer-Herford** (natl.) ist mit der Aufhebung der Portofreiheit der Fürsten einverstanden, meint aber, daß man das der Initiative der Fürsten überlassen solle.

Abg. **Waldstein** (fortschr.) begründet einen fortschrittlichen Antrag, die Portofreiheit der Bundesfürsten aufzuheben, soweit sie sich nicht auf den inneren Verkehr in Bayern und Württemberg bezieht. Man habe den Fürsten seit zwei Jahren die Initiative gelassen, aber sie haben sie nicht ergriffen. Was habe die freiwillige Wehrabgabe der Fürsten gebracht? Das müsse einmal festgestellt werden.

Abg. **Schiele** (kons.) hofft, daß die Fürsten selber auf die Portofreiheit verzichten werden. — Abg. **Noske**: Der frühere Staatssekretär Dr. Helfferich habe 1916 tatsächlich verkündet, daß die Fürsten auf ihre Portofreiheit verzichten würden. Den Wehrbeitrag haben die Fürsten keineswegs aus freier Entschließung geleistet. Die Beseitigung der Portofreiheit der Fürsten ist nicht mehr zu umgehen. — Staatssekretär **Rüdlin**: Die Portofreiheit der Fürsten solle man mit diesem Gesetz nicht verquicken, denn da die Fürsten kein Porto zahlen, zahlen sie auch keine Abgaben. Einzelne fürstliche Verwaltungen haben mit der Portofreiheit Mißbrauch getrieben, dieser Mißbrauch ist aber beseitigt. Ein Gesetzentwurf zur Beseitigung der Portofreiheit der Fürsten sei in Vorbereitung. — Abg. **Schiele** (kons.) findet es als inkonsequent, wenn man den König von Preußen schlechter stellen wolle, als wie die Könige von Bayern und Württemberg. — Abg. **Südekum**: Diese Gelegenheit darf man nicht wieder vorübergehen lassen, ohne die Portofreiheit der Fürsten zu beseitigen.

Die sämtlichen Anträge werden einem Unterausschuß überwiesen.

Die Sozialdemokraten beantragen:

„**Die Portofreiheit der Fürsten** (Gesetz, betreffend die Portofreiheiten im Gebiete des Norddeutschen Bundes vom 5. Juni 1869, § 1) **wird aufgehoben**".

Aehnliche Anträge haben auch die Unabhängigen und die Fortschrittler gestellt.

Die rote Fahne.

Berliner Blätter melden:

„Auf dem Gebäude der russischen Botschaft, Unter den Linden, weht seit Dienstag die rote Fahne der russischen revolutionären Regierung. Die Fenster sind weit geöffnet. Man bereitet sich auf den Einzug der Berliner Vertretung der russischen Regierung vor. Der Volkskommissar Herr Joffe wird am Freitag das Haus Unter den Linden beziehen. Gestern abend stauten sich Unter den Linden die Passanten vor dem Botschaftsgebäude und blickten hinauf zum Fahnenmast, von dem das rote Tuch lustig im Winde flatterte."

Wie man es angefangen hat, die Berliner Polizei auf dieses Ereignis vorzubereiten und sie an den Anblick der roten Fahne zu gewöhnen, darüber verlautet nichts in den Zeitungen. Nur eine klagt elegisch: „Wer hätte das am 1. August 1914 gedacht." Ja — es kommt manches anders.

Der Streit im Baltenland.

Berlin, 2. Mai. Der frühere Ministerialdirektor im Landwirtschaftsministerium, Graf Keyserlingk, der bis jetzt als Kommissar des Reichskanzlers für die besetzten Ostgebiete, besonders für das Baltikum und für Litauen tätig war, ist von dieser Stellung zurückgetreten. Ueber die Gründe verlautet nach verschiedenen Blättern, daß „die unklare Abgrenzung des Arbeitsgebietes" den Grafen zu dieser Entschließung veranlaßt habe.

Graf Keyserlingk hatte zu den lebhaftesten Klagen im Reichstag wegen seiner Behandlung der baltischen Bevölkerung Anlaß gegeben.

Die irische Dienstpflicht verschoben.

London, 1. Mai. (Reuter.) Es ist eine königliche Verordnung erschienen, durch welche das Inkrafttreten des Dienstpflichtgesetzes für [illegible]

Der deutsche Tagesbericht.

Großes Hauptquartier, 1. Mai. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

In Flandern lebte der Feuerkampf in den Abschnitten von **Loker und Dranoeter zu größerer Heftigkeit** auf. Frisch in den Kampf geworfene französische Kräfte versuchten vergeblich, gegen Dranoeter vorzubringen. Ihr mehrfacher Ansturm **brach in unserem Feuer zusammen.**

Auf dem Schlachtfelde **beiderseits der Somme** führten wir **erfolgreiche Erkundungen** durch.

Vorstöße in die feindlichen Linien südwestlich von **Noyon** und über den **Oise-Aisne-Kanal** bei Varesnes brachten **mehr als 50 Gefangene ein.**

An der übrigen Front nichts von Bedeutung.

Osten.

Finnland.

In verzweifelten Kämpfen versuchte der Feind, unsere Linien nordwestlich von Tavastehus und bei Lahti zu durchbrechen. Unter schwersten Verlusten wurde er zurückgeschlagen.

Finnländische Truppen haben die Festung Wiborg genommen.

Ukraine.

In der Krim haben wir Feodosia kampflos besetzt.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Berlin, 1. Mai, abends. (Amtlich.)

Von den Kriegsschauplätzen **nichts Neues.**

Beschießung von Hazebrouck.

Berlin, 1. Mai. (W. T. B.) **Der Bahnhof** Hazebrouck lag am 29. April **unter zusammengefaßtem** deutschen Feuer. Einwandfrei **wurde** wurde starke Wirkung festgestellt, mehrere **Brände** sind beobachtet worden.

Die italienische Front.

Wien, 1. Mai. (Amtlich.)

Die regere Kampftätigkeit an der Südwestfront hielt auch gestern tagsüber an. An vielen Stellen wurden italienische Erkundungen vereitelt.

Der Chef des Generalstabes.

Die Gegenangriffe in Flandern.

Berlin, 1. Mai. (WTB.) Auf dem Schlachtfelde in Flandern unternahm der Feind starke Angriffe gegen unsere Stellungen bei **Langemarck**, nördlich des Dorfes **Kemmel** und vor allem sechsmal hintereinander gegen **unsere** Linien westlich Dranoeter, die jedesmal **unter** ungeheuren blutigen Opfern restlos **zusammenbrachen**. Insonderheit mußten frisch im Kampf geworfene französische **Kräfte bei Dranoeter** im Kampf um Englands Prestige **aufs schwerste** bluten. Die rücksichtslos durchgeführten Angriffe, die beweisen, wie wichtig für den **Gegner** die dort verlorenen Stellungen sind, trugen durch die Ergebnislosigkeit der kostspieligen **Anstürme** lediglich dazu bei, die von der deutschen Führung beabsichtigte Zertrümmerung der **feindlichen** Heeresmacht zu beschleunigen. — **So meldet** Wolffs Bureau.

Ins Meer versenkt.

Berlin, 30. April. (Amtlich.) Im **Sperrgebiet um England** wurde der **Handelsverkehr** unserer Feinde durch die Versenkung von **28 000 Brutto-Registertonnen** schwer geschädigt. Den Hauptanteil an diesem Erfolg hat Oberleutnant z. S. Steindorff. Das von ihm befehligte Boot versenkte im Aermelkanal **allein** sechs Dampfer mit zusammen 23 000 Tonnen. Alle Dampfer, darunter zwei Schiffe von je 5000 Tonnen, waren tiefbeladen und stark gesichert. Drei Dampfer wurden aus **Geleitzügen** herausgeschossen. Es kann mit Sicherheit angenommen werden, daß mit den Ladungen der versenkten Schiffe wiederum wertvolles **Kriegsmaterial** in einer großen Menge für den Feind vernichtet wurde.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Parteiangelegenheiten.

Riesenkundgebung in Dortmund.

Die Arbeiterschaft Dortmunds **veranstaltete** am Sonntag im Saale und in den Anlagen des „Fredenbaum" zu Dortmund, dem größten **Saale** Westfalens, eine wuchtige **Kundgebung für das gleiche Wahlrecht**. Der **Riesensaal war** zeitig gefüllt, so daß im Garten eine **Parallelversammlung** abgehalten werden **mußte. Obwohl** auch in den Fabriken und **Werkstätten der** Rüstungsindustrie zu Dortmund Sonntags Tausende und Abertausende beschäftigt sind, waren doch mehr als **2000 Männer zur Versammlung** erschienen. Unter lebhaftem **Beifall der** Versammelten sprachen die **Reichstagsabgeordneten** [illegible] und **König**. In beiden Versammlungen wurde einstimmig eine **Resolution** angenommen, die dem Reichskanzler **telegraphisch** übermittelt wurde.

Karl-Marx-Feiern in Frankreich. Wie „Populaire" mitteilt, haben die französischen Sozialisten beschlossen, den **100jährigen Geburtstag** von Karl Marx am 5. Mai **zu feiern**. Die Partei erläßt einen Aufruf an **die französische** Arbeiterschaft, der von den Deputierten **Bracke** und Longuet (der ein Enkel von **Karl Marx ist**) verfaßt ist. Außerdem [illegible] in ganz **Frankreich** Gedenkfeiern stattfinden.

Lassen Sie Ihre Augengläser

Kreis Liegnitz-Goldberg-Haynau.

Expedition: Liegnitz, Klosterstraße 8

Abonnement 85 Pf. pro Woche, 3.10 Mk. pro Vierteljahr, durch die Post bezogen 3.52 Mk. frei ins Haus.
Inserate: Kolonelzeile 15 Pf., Familien-Nachrichten, Vereins-Anzeigen, Kleine Anzeigen pro Zeile 10 Pfg.

Telephonruf 2310.

Liegnitzer Nachrichten.

Liegnitz, den 2. Mai.

Wichtig für Hilfsdienstpflichtige.

Die Bestimmungen des Hilfsdienstgesetzes und der dazu ergangenen Ausführungsbestimmungen werden von Arbeitgeber- wie Arbeitnehmerseite noch immer nicht genügend beachtet. Dies gilt insbesondere von der Bundesrats-Verordnung vom 13. November 1917. Nach ihr haben Arbeitgeber, die Hilfsdienstpflichtige beschäftigen, folgende Verpflichtungen:

1. Sie dürfen einen Hilfsdienstpflichtigen, der in einem kriegswirtschaftlichen Betriebe beschäftigt ist oder innerhalb der letzten zwei Wochen beschäftigt gewesen ist, nur dann einstellen, wenn er einen Abkehrschein seines letzten Arbeitgebers beibringt.

2. Sie müssen den Arbeitsantritt eines Hilfsdienstpflichtigen, der ihnen vom Einberufungsausschuß überwiesen wird, spätestens am dritten Werktag dem Einberufungsausschuß anzeigen.

3. Sie müssen beim Ausscheiden eines Hilfsdienstpflichtigen aus seiner Stellung spätestens am dritten Werktag dem Einberufungsausschuß davon Mitteilung machen.

4. Sie müssen an allgemein zugänglicher Stelle im Betriebe einen Aushang mit den Meldevorschriften anbringen lassen. Letzterer ist bei den Behörden zu haben.

Hilfsdienstpflichtige haben folgendes zu beachten:

1. Bei Verweigerung des Abkehrscheins müssen sie in ihrer Stelle solange bleiben, bis der Schlichtungsausschuß, der vom Hilfsdienstpflichtigen zur Schlichtung der Differenzen oder Erteilung des Abkehrscheines angerufen werden muß, die Berechtigung zum Austritt aus der Beschäftigung durch Erteilen des Abkehrscheines gibt.

2. Sie müssen jeden Beschäftigungs- und Wohnungswechsel spätestens am dritten darauf folgenden Werktag beim zuständigen Einberufungs-Ausschuß melden. Dabei ist genaue Angabe über die neue Beschäftigung und dergleichen zu machen.

Alle Hilfsdienstpflichtigen haben sich binnen zwei Wochen beim Einberufungsausschuß anzumelden, sobald sie

a) das hilfsdienstpflichtige Alter erreicht haben,

b) aus dem Heeresdienst anders als infolge Reklamation ausscheiden.

---

* **Die Ausfuhr und Durchfuhr von Pferden** aus dem Regierungsbezirk Posen, den Kreisen Bunzlau, Freystadt, Glogau, Görlitz-Land, Görlitz-Stadt, Grünberg, Jauer, Liegnitz-Land, Liegnitz-Stadt, Lüben, Sprottau Guhrau, Militsch und Steinau nach den Pferdeaushebungsbereichen der nichtpreußischen Heeresverwaltungen (Sachsen, Bayern und Württemberg) im Handelsverkehr ist verboten.

Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre, bei Vorliegen mildernder Umstände mit Haft oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft.

* **Der Schaufenster-Zertrümmerer Grabitzki**, Tapezier von Beruf, der neulich von der Strafkammer zu 2½ Jahren Gefängnis verurteilt wurde, weil er bei einer Reihe von Konfektionsgeschäften unter Einschlagung der Schaufensterscheiben Diebstähle an Herrengarderoben verübt hatte, war jetzt vor dem Schöffengericht wegen weiterer Diebereien angeklagt. Er hatte in Geschäften, wo er als Tapezierer in Arbeit stand, verschiedene Möbelstoffe gestohlen. Er wurde jetzt zusätzlich zu noch drei Monaten Gefängnis verurteilt.

* **Ungetreue Postaushelferin.** Die verehelichte Schmiedemeister Hedwig H., deren Mann im Felde steht, hatte bei der Post Anstellung gefunden und fungierte als Briefträgerin in der Schützenstraße. Es fiel auf, daß sie sich an den Briefregalen ihrer Kolleginnen zu schaffen gemacht hatte und als eines Morgens ihre Brieftasche durch einen Postsekretär revidiert wurde, fand man darin einige fremde Päckchen, die nicht zu ihrem Bestellgange gehörten. Als man dann in ihrer Wohnung eine Durchsuchung hielt, fand man noch Reisebrotmarken, Zigarren, Zigaretten, Tabak, Konfekt, Schokolade, Keks Feigen usw., die offenbar veruntreuten Päckchen entnommen waren. Die Frau, Mutter dreier Kinder, war jetzt vor der Strafkammer angeklagt, wo sie behauptete, alle diese Sachen habe sie gespart. Sie wurde aber zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt, und ihr die Fähigkeit, öffentliche Aemter zu bekleiden, für drei Jahre abgesprochen.

Dauerwurst.

In allen Fleischverkaufsstellen der Stadt wird in dieser Woche vom Magistrat gelieferte Dauerwurst zum Preise von 4 Mark das Pfund verkauft. Die Wurst darf nur gegen Abgabe von Fleischmarken verabfolgt werden.

Verteilung von Konserven.

In der Zeit vom 6. bis 18. Mai sollen durch die bekannten Geschäfte und den Konsumverein auf die Lebensmittelmarke Nr. 26 Gemüsekonserven in Dosen und zwar Spargel Erbsen und Bohnen verschiedener Sorten verteilt werden. Auf die Marke entfällt ein Pfund. Die verfügbaren Mengen bestehen in der Hauptsache aus Kilodosen. Den Wünschen der Käufer soll in Bezug auf die Sorten nach Möglichkeit Rechnung getragen werden; die Zuteilung kann aber nur nach Maßgabe der vorhandenen Bestände erfolgen. Der Preis ist auf jeder Dose aufgedruckt.

Voranmeldung auf Kunsthonig.

Demnächst werden auf die Lebensmittelmarke Nr. 27 250 Gramm Kunsthonig abgegeben. Wer auf diese Lebensmittelmarke Ware kaufen will, hat in den Tagen bis Sonnabend, den 4. Mai einschließlich einem Verkäufer nach seiner Wahl die aufgerufene Lebensmittelmarke zur Abtrennung des Anhanges, Abstempelung der Marke usw. vorzulegen.

Berechtigt zur Annahme der Voranmeldung sind die Geschäfte, welche die Ware bisher verkauft haben.

---

* **Die Gewerkschaftsvorstände** werden hiermit ersucht, zu der am 6. Mai stattfindenden öffentlichen Versammlung die Einladungszettel heut Abend 7 Uhr in der „Volkszeitung" abzuholen.

* **Das Eiserne Kreuz** erhielt Grenadier Ferdinand Lieberanz, Frauenstraße 29b.

Goldberg, 2. Mai.

* **Freilegung alter Grabstätten.** Von dem Archäologen Kaiserl. Notar Thimoteus Webter aus Metz sind in der Nähe von Oberbielau umfangreiche Ausgrabungen vorgenommen worden. Die weitausgedehnte Gräberstätte stammt aus der Zeit von 1400 bis 400 vor Christi. Etwa 800 Gräber wurden freigelegt. Die Funde wurden archäologischen Museen in Berlin und Breslau, dem Niederschlesischen Museum in Liegnitz und dem Stadtmuseum in Haynau überwiesen.

Wer Interesse an der Einführung der Sonntagsruhe hat, erscheine am **Freitag, den 3. Mai 1918, abends pünktlich 8 Uhr,** im Quartetthause, Burgstr. 60, in der **öffentlichen Versammlung** 80

Grundbesitzer-Verein

In früheren Jahren hat der Grundbesitzer-Verein seinen Mitgliedern des öfteren ein Vergnügen geboten in Form eines Sommerausfluges.

Wie wir hören, soll dieses Jahr mit Rücksicht auf die Zeitverhältnisse davon Abstand genommen werden. Dafür ist im

Schießhaussaale, Sonnabend, d. 4. Mai, abends 7½ Uhr, eine

Wohltätigkeitsveranstaltung

geplant, mit einem auserlesenen Programm, worauf wir noch zurückkommen werden. 87

Böttcher gesucht

Für dringende Heeresaufträge wird eine größere Anzahl Böttcher **eiligst** gesucht.

Gemüsekonserven-Kriegsgesellschaft m. b. H.,
Abt. Bohnenzentrale, Braunschweig. 81

Die Versorgung der Kriegsteilnehmer ihrer Familien u. ihrer Hinterbliebenen.
Preis nur 40 Pfg.
Zu beziehen durch die Expedition.

Stadt-Theater Liegnitz.
Freitag, 3. Mai, 7½ Uhr: **Polenblut.**
Sonnabend, 4. Mai, 7½ Uhr letzte Volksvorstellung. **Extemporale.**
Sonntag, 5. Mai, 3½ Uhr: **Alt-Heidelberg.**
Abends 7½ Uhr: **Schwarzwaldmädel.**
Montag, 6. Mai, 7½ Uhr: **Rastelbinder.**

Die Regentschaft Tunis
Streifzüge und Studien
von
Rudolf Fitzner
Leinenband, mit 17 Vollbildern und 1 Karte
bisher 6.—, nur Mk **3.50**

Aus dem Orient
von
Gustav Hirschfeld
Leinenband, 388 Seiten
bisher 6.—, nur Mk. **3.50**

Buchhandlung Volkswacht modernes Antiquariat.

An Hinterindiens Riesenströmen
von
Dr. Robert Brunhuber
und ein Vorwort von
Sven Hedin
mit 2 Porträts, 30 Abbild und 1 Karte
Bisher Mk. 3.50, **nur Mk. 1.—**
Buchhandlung Volkswacht
modernes Antiquariat.

Antonine
ein Roman aus der russischen Gesellschaft von
Boleslaw M. Markewitsch
mit einem Vorwort von Fr. von Bodenstädt
407 Seiten, bisher 6.— Mk.
Mk. 1.—
Nach auswärts 50 Pfg. Porto.
Buchhandlung Volkswacht
Neue Graupenstraße 5, modernes Antiquariat.

Auch Bücher werden teurer!
Deshalb empfehlen wir, solange der **kleine Vorrat:**

Vom Mittelmeer zum Pontus
von
Dr. Ernst v. d. Nahmer
mit 20 Abbildungen und 1 Karte.
Leinenband, bisher Mk. 7.50
nur Mk. 3.50

Aus der Heimat und der Fremde
von Ludwig Pietsch.
Aus dem Inhalt heben wir hervor:
Tiroler Sommertage
Ein Henley-Regattatag
Augusttage in England
Sonntags auf der Themse
Russische Trauertage
324 Seiten gut gebunden.
nur Mk. 3.50

Modernes Antiquariat
Buchhandlung Volkswacht
Graupenstraße 5.

Erscheint 3 mal wöchentlich.

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Den Lesern bei Einkäufen empfohlen.

Automaten-Restaurant. [illegible]
[illegible]
Fahrräder, Nähmaschinen. Baumert, Paul, Neue Goldbergerstr. [illegible]
[illegible], Haynauerstraße 3, [illegible] Gustav-Adolfstr. 18.
Titze, Carl, Jauerstraße 2.
[illegible], Breitestr. 20, [illegible]
Fahrräder, Zubehörteile. Kühn, Max, Mittelstr. 29.
[illegible]
Gasthöfe u. Restaurationen [illegible]
[illegible], Johannes [illegible] Inh.: H. Härtel.
Glaserei und Bildereinrahmung. Warschauer, Mittelstr. 50.
Herren-Garderobe. [illegible]
Schiller, S., Mittelstraße 21 Größte Auswahl.
Schwarz, Max Mittelstr. 38 [illegible]
Hohlschleiferei und Stahlwaren-Spezial-Geschäft. Weidner, Mittelstr. 57 am Ring
Kolonialwaren. [illegible] Mittelstr. 32.
Kurz-, Weiß- u. Wollwaren Koppatsch, M., Mittelstraße 16.
Krüger, Auguste, Neue Carthausstr. 1. Arbeiter-Garderob.
Lederwaren. Paul Schramm, Mittelstr. 29, Telefon 2636.
Möbel-Magazin. Kramer, Hermann, Frauenstraße 30.
Obst- und Beeren-Weine. Kühn, G. H., Schulstraße 9.
Photographisches Atelier. Pohl, A., jetzt Gustav-Adolfstr. 23, I.
Rossfleisch u. Wurstwaren Herrman, Ernestine, Mittel-Str. 51
Spezial-Putzgeschäft. Foerster, M., Mittelstraße 7
Sarg-Magazin und Beerdigungsinstitut. Gärtig, Emil, Frauenstraße 27.
Jahn, Paul, Jauerstr. 30. Marienplatz 11.
Strumpfstrickerei. Werner, Ernst, Frauenstr. 30. Strümpfe jeder Art billig.
Zigarren, Zigaretten. Rieder, M. (früher Richter) Schloßstraße 25.
Goldberg Brauerei. Hermann, Oswald, [illegible]
Glas- und Porzellanhandlung. [illegible], Ring [illegible]
Mühle und Bäckerei. Weinhold, Friedrich, empfiehlt sich einer geil. Beachtung.
Haynau [illegible] Müller, J., Liegnitzer Straße 57/58

[illegible] „Volkswacht", G. m. b. H. — Druck von Fr. Schmidt G. m. b. H., [illegible] in Breslau. [illegible]

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 2. Mai.

Karl Marx-Feier.

Der Erinnerung an Karl Marx, dessen 100. Geburtstag wir in diesen Tagen feiern, ist eine Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins gewidmet, die Montag, den 6. Mai, abends 8 Uhr, im Hauptrestaurant des Gewerkschaftshauses abgehalten wird. Redner ist Genosse Darf. Nur Mitglieder haben Zutritt. Um zahlreichen Besuch bittet

Der Vorstand.

Zur Ablieferung getragener Männer-Anzüge

für die Arbeiter der Rüstungsindustrie, der Landwirtschaft und der Eisenbahn meldet Wolffs Telegraphen-Bureau aus Berlin: Die durch die Presse verbreitete Nachricht, daß die Reichsbekleidungsstelle die Sammlung von einer Million getragener Anzüge für Arbeiter in kriegswichtigen Betrieben auf unbestimmte Zeit verschoben habe, entspricht nicht den Tatsachen. Die Kommunalverbände sind verpflichtet, die ihnen auferlegten Mengen von getragenen Anzügen unverzüglich zu beschaffen.

Wir haben die falsche Meldung nicht gebracht. In Breslau ist ja auch das Abliefern getragener Männer-Anzüge schon seit Montag im Gange. Die Altbekleidungsstelle, Ring 48, I, ist mit dem Annehmen der getragenen Anzüge bereits stark beschäftigt.

150 Mark Monatsgehalt

bezog bei der Bank für Handel und Industrie ein Dr. K., der dort als Aushilfsbeamter tätig gewesen ist, also immerhin 25 Mark mehr als einer seiner Kollegen, der kürzlich die Bank wegen Nichtzahlung von Prozenten verklagt hatte. Auch Dr. K. hatte vor dem Kaufmannsgericht einen Antrag gestellt, die Bank zur Zahlung von 6 Prozent Abschlußgratifikation in Höhe von 54 Mark zu verurteilen. Diese war ihm von der Bank verweigert worden, mit dem Begründen, daß dies nur eine freiwillige Leistung sei, die inzwischen ausgeschiedenen Beamten nicht mehr gewährt wird. Von dem Kaufmannsgericht erhält Dr. K. den Bescheid, daß mangels einer festen Zusicherung kein Anspruch auf diese Gratifikation vorliege; wenn also bei jeder Zahlung innerhalb mehrerer Jahre der Vermerk gemacht wird, daß mit der Zahlung ein Geschenk gemacht wird, und wenn die Entschädigung nicht einen erheblichen Bruchteil des Gehalts ausmache, besteht gesetzlich kein Anspruch darauf; auch ist stets Vorbedingung, daß der Betreffende noch im Dienst ist. Alle diese Voraussetzungen treffen im vorliegenden Falle nicht zu, und mit Rücksicht auf die Aussichtslosigkeit seiner Klage, zieht Dr. K. diese zurück, unter Verzicht auf seine Ansprüche.

Die Fernsprechverbindungen des Magistrats.

Jedermann, der Veranlassung hatte, ein Ferngespräch mit einer magistratlichen Amtsstelle oder Person zu führen, wird die Erfahrung gemacht haben, daß es dabei recht viel Widerwärtigkeiten zu überwinden gab. Oftmals lautete die Antwort des Fernsprechamts: „Alle Leitungen besetzt!" War dies nicht der Fall, dann mußte man vielfach lange Zeit vergebens warten, da sich die Hauptanschlußstelle des Magistrats nicht meldete. Zwei- und oft mehrmals fragte das Fernsprechamt, ob man den Magistrat erreicht habe, und auf die verneinende Antwort läutete es wiederholt den Magistrat an. War dann endlich die Verbindung mit dem Hauptanschluß des Magistrats erreicht, so tönte vielfach von dort die Antwort zurück, daß die Amtsstelle oder die Person, die man angerufen hatte besetzt sei oder, was auch vielfach vorkam man wurde mit einer Stelle verbunden die bereits ein Gespräch führte und mußte so unfreiwilliger Zeuge eines solchen Gesprächs sein. Diese unangenehmen Vorkommnisse häuften sich umsomehr, als dem Magistrat mit Beginn des Krieges die Lebensmittelversorgung der Stadt zufiel und eine ungezählte Menge neuer Amtsstellen des Magistrats geschaffen werden mußte. Da konnten denn die fünfzehn Anschlüsse, die zwischen der Hauptanschlußstelle des Magistrats und dem Fernsprechamt bestanden, durchaus nicht mehr genügen und der Magistrat hat sich veranlaßt gesehen, die Zahl dieser Anschlüsse auf die doppelte Anzahl zu vermehren. Der Ausbau dieser Leitungen ist gegenwärtig im Werk und dürfte in einigen Wochen vollendet sein. Dann wird hoffentlich der Fernsprechverkehr mit dem Magistrat sich glatt und bequem vollziehen.

Der Kinderwagen.

Am Mittwoch stand eine Arbeiterfrau vor dem außerordentlichen Kriegsgericht, um sich wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt zu verantworten. Die Angeklagte, war am 4. April mit ihren fünf Kindern auf der Matthiasstraße spazieren gegangen. Während das Kleinste im Wagen lag, liefen die vier anderen zu beiden Seiten nebenher. Da kam ein Schutzmann auf sie zu und forderte sie auf, den Bürgersteig mit dem Kinderwagen zu verlassen. Die Frau war darüber sehr erstaunt, da ihr eine derartige Bestimmung nicht bekannt war, und so kam sie der Aufforderung nicht nach. Als sie sich auch weigerte, ihren Namen zu nennen, forderte sie der Beamte auf, mit zur Polizeiwache zu gehen. Da sie sich dagegen energisch wehrte, zog sie sich die Anklage wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt zu. Die Angeklagte führte zu ihrer Entschuldigung an, daß ihr ein Laufen auf dem Fahrdamm mit der Menge Kinder zu gefährlich erscheine, auch sei sie selbst schwer nervenkrank, da ihr Mann, der bisher im Felde war, in einer Nervenklinik untergebracht worden sei. Das Gericht billigte ihr mildernde Umstände zu und verurteilte sie zu fünf Mark Geldstrafe. Der Anklagevertreter hatte 50 Mark beantragt. Da bei dem Vorfall der Schutzmann auch beleidigt worden ist, dürfte sich die Frau auch noch wegen Beleidigung zu verantworten haben.

Invalidenrente und Hilfsdienst.

Der frühere Bureauvorsteher E. Teichmann aus Trebnitz hatte wegen chronischem Gelenkrheumatismus und Nervenschwäche die Invalidenrente bezogen. Er ist jetzt im Hilfsdienst beschäftigt und verdient 200 Mark monatlich. Daraufhin wurde ihm die Rente entzogen, da er nicht mehr invalide sei. Mit einem Monatsverdienst von 200 Mark überschreite er erheblich seine Mindestverdienstgrenze. Gegen die Entziehung der Rente legte er Berufung ein mit dem Begründen, daß seine Beschäftigung nur vorübergehend wäre, und auf die Dauer für ihn zu anstrengend sei; langes Sitzen verursache ihm Schmerzen. Auch sei ihm bei Uebernahme einer Tätigkeit im Hilfsdienst gesagt worden, daß diese von keinem Einfluß auf seine Invalidenrente wäre.

Vor dem Oberversicherungsamt wird T. nochmals ärztlich untersucht. Der Arzt meint, daß der Antragsteller noch Bureauarbeiten verrichten könne; es sei wohl glaubhaft, daß andauerndes Sitzen ihm Schmerzen verursache, aber invalide im Sinne des Gesetzes sei er nicht. Seine Berufung wurde daher als unbegründet zurückgewiesen.

Die Zusatzrente.

Seit Erlaß der Bundesratsverordnung über Bewilligung der monatlichen Zusatzrente von 8 Mark, wenn der Rentenempfänger mindestens 50 Prozent Rente bezieht und die Zulage benötigt wird, sind an das Oberversicherungsamt bereits mehrere Anträge um Bewilligung dieser Zusatzrente gestellt worden, wenn die in Frage kommende Berufsgenossenschaft deren Zahlung verweigert hatte.

So wurde in einer der letzten Verhandlungen vor dem Oberversicherungsamt in einer Berufungssache des Müllers Georg Rudolph gegen die Müllerei-Berufsgenossenschaft verhandelt. R. ist 1885 geboren und erlitt als Lehrling einen schweren Unfall: Bruch des linken Oberschenkels und Schädelbruch. Die ihm zugesprochene Rente von 70 Prozent bezieht er noch heute. Sie wurde nach dem ortsüblichen Tagelohn berechnet und beträgt 224,40 Mark. Während des Krieges hatte er eine Tätigkeit im Armierungsdepot in Carlowitz angenommen, wo er 33 Mark wöchentlich verdient. Hiervon muß er seine Mutter unterstützen; zwei seiner Brüder sind bereits gefallen, und drei stehen noch im Felde. Seit einer Woche beträgt sein Verdienst weniger, weil weniger zu tun ist und die Leute, um nicht entlassen zu werden, nur einige Stunden arbeiten. Die Berufung des R. wird aber als unbegründet zurückgewiesen, weil er augenblicklich auf Grund seines Verdienstes diese Zulage nicht benötige.

Mehr Erfolg mit seiner Berufung hatte der Maschinenmeister Julius Kiesel aus Maltsch. Auch diesem hatte die Berufsgenossenschaft die Zusatzrente verweigert, weil bei ihm keine Bedürftigkeit vorliegt. K. erlitt im Jahre 1916 einen Unfall und bezieht eine Rente von 75 Prozent. Ein Sohn steht im Felde, zwei Töchter sind selbständig, aber eine von diesen befindet sich seit sechs Wochen krank zu Hause, die jüngste hilft im Haushalt, weil die Mutter kränklich ist. K. ist jetzt als Aufseher in einer Mühle beschäftigt mit 70 Mark Monatslohn. Sein Gesamteinkommen beträgt 2190 Mark jährlich. Er gibt an, daß er vor dem Kriege wohl damit ausgekommen wäre, dies sei ihm aber heute nicht möglich, da der Geldwert doch jetzt ein anderer sei. Das Oberversicherungsamt findet diesen Gedankengang ganz richtig und verurteilt die Berufsgenossenschaft zur Zahlung der Zusatzrente, da in diesem Falle alle in der Bundesratsverordnung gegebenen Voraussetzungen vorliegen.

* **Carl Hauptmann-Feier.** Am 11. Mai begeht Carl Hauptmann seinen 60. Geburtstag. Anläßlich dieses Tages soll auch in Breslau, als der Hauptstadt seiner Heimatprovinz, ein öffentlicher Ehrenabend für ihn veranstaltet werden. Die Feier, die am Sonntag, den 12. Mai, also einen Tag nach seinem Geburtstag, im Kammermusiksaal stattfindet, ist dem Lebenswerke und der Persönlichkeit des Schreiberhauer Dichters gewidmet und gibt seinen zahlreichen Freunden in Breslau Gelegenheit sich auf einige Stunden in seinem Geiste zu vereinen. Das Programm verspricht sehr abwechslungsreich zu werden. Zuerst leitet Dr. Walter Meckauer durch einen Vortrag in das Wesen der Persönlichkeit und des Hauptmannschen Schaffens ein, sodann wird der Oberspielleiter der Vereinigten Theater, Frhr. von Wolzogen, aus Dichtungen Carl Hauptmanns ausgewählte Stücke zu Gehör bringen, die bisher zum Teil noch ungedruckt und der Oeffentlichkeit unbekannt sind und vom Dichter für diesen Abend erstmalig zur Verfügung gestellt wurden. Der beliebte Bariton des Stadt Theaters, Wilhelm Rode, verbindet mit diesem Abend sein erstes Auftreten in Breslau als Konzertsänger und hat mit gütiger Erlaubnis des Intendanten Runge den Gesangsvortrag einiger Hauptmannscher Lieder (komp. von Anna Teichmüller) übernommen. Er wird von Dr. Willy Aron am Klavier begleitet. Karten zum Hauptmann-Abend zu 4, 3, 2 und 1 Mark bei der Musikalienhandlung Richard Hoppe, Zwingerplatz 3. Voraussichtlich wird der Dichter an der Veranstaltung persönlich teilnehmen.

* **Warnung vor Pfingstreisen.** Die Königliche Eisenbahndirektion warnt vor nicht unbedingt nötigen Pfingstreisen. Vergnügungsreisen müssen unterbleiben. Sonderzüge werden nicht gefahren. Um eine Ueberfüllung der Züge zu vermeiden, wird nur eine bestimmte Anzahl von Fahrkarten verkauft werden. Vorverkauf von Fahrkarten findet nicht statt.

* **Bezugscheine für Kartoffeln an Gast-, Schank- und Speisewirtschaften** werden laut einer Anzeige der Stadtkartoffelstelle am 4. Mai ausgegeben.

* **Die Petroleum- und Kerzenbestände der Kleinhändler** sind nach einer Bekanntmachung des Magistrats in heutiger Nummer bis zum 6. Mai im Magistratsbureau 20, Ohlau-Ufer 31, schriftlich anzuzeigen.

* **Auf drei Monate geschlossen.** Der Polizeipräsident macht bekannt: Wegen Unzuverlässigkeit und Verstoßes gegen die Bestimmungen der Bundesratsverordnung vom 10. 6. — 23. 12. 1916 ist der Gewerbebetrieb, Handel mit Schuhwaren — Stand Nr. 252 der Markthalle Gartenstraße — der Händlerin Frau Marie Spiller, geb. Busch, Charlottenstraße Nr. 27, auf die Dauer von 3 Monaten geschlossen worden.

Die venetianische Vase.

Skizze von M. L.

8] (Nachdruck verb.)

„Es sind jetzt schwere Zeiten, auch wir müssen uns einschränken", behauptete Frau von Bruck.

„Liebste Tilda, es würde sich ja nur um zwei, höchstens drei Jahre handeln", fuhr Frau Lohe fort, „und Du hättest dann den Ruhm, einem Genie den Weg geebnet zu haben. Alexander wird seinen Ehrgeiz darin setzen, Dir möglichst wenig Kosten zu verursachen."

„Wieviel würde er jährlich brauchen?" fragte Frau von Bruck sehr verstimmt.

„München ist leider sehr teuer, der Unterricht ist höchst kostspielig", sagte Frau Lohe, „aber Alexander will sich mit dreitausend Mark jährlich behelfen."

Die Kommerzienrätin wurde so rot, wie eine Purpurnelke. Das war doch mehr wie unverschämt. Als sie noch über ihrer Wut würgte, trat Emmy leise ein. Der Zorn der Kommerzienrätin wendete sich sofort gegen die Kleine und sie herrschte sie an:

„Wo hast Du Dich bis jetzt umhergetrieben?"

Nun hätte Emmy ja eine Notlüge brauchen können, aber sie war sehr wahrheitsliebend und bekannte ohne Zögern, daß sie Gertrud einen Besuch gemacht hatte.

„Allmächtiger!" rief die Kommerzienrätin aus und blickte anklagend gen Himmel. „Womit habe ich das verdient? Emmy, Du bist ein niedrig gesinntes Geschöpf."

„Du kannst nicht länger die Verantwortung für sie übernehmen", hetzte Frau Lohe. „Schicke sie nach Lausanne zu Madame Pathe. Das ist erstens schick und zweitens bequem."

Die Kommerzienrätin wollte die Schale ihres Zornes über das unschuldige Haupt der armen Emmy ergießen, aber ihre Töchter [illegible] zurück. Mutter und Tante berichteten ihnen gleichzeitig, welchen Verbrechens sich Emmy schuldig gemacht hatte, dann schalten beide Frauen um die Wette auf die Arme.

„Wie könnt Ihr nur so viel Geschrei um [illegible] wenig Wolle machen", sagte Amalasuntha, [illegible] gutmütig war. „Emmy ist halt ein Schäfchen, und weiß nicht, was sich schickt."

„Eure gute Mutter wird sie nach Lausanne geben", erklärte Frau Lohe. „Sie ist [illegible] für das eigensinnige, unfolgsame Mädchen."

Amalasuntha nahm Emmy bei der Hand und führte sie hinaus.

„Kleines Schaf", sagte sie im Korridor zu ihrer Cousine. „Mußtest Du ihnen den ganzen Kitt auf die Nase binden? Bleibe nur in Deinem Zimmer, sonst bekommst Du eine vermehrte, verbesserte Auflage von der Strafpredigt. Das Essen werde ich Dir schicken. Heule nicht."

Sie gab ihr einen leichten Schlag und lächelte sie dabei ermutigend an, dann kehrte sie zu den Damen zurück.

Vierzehn Tage später kam Emmy müde und matt in Lausanne an. Die brave Frau Lohe hatte das Opfer gebracht, sie zu begleiten, natürlich gegen eine dementsprechende Belohnung. Sie jammerte während der ganzen Reise darüber, wie krank und elend sie sei und wie sie die lange Eisenbahnfahrt anstrengte, aber in ihrem Herzen jubelte sie über den hohen Verdienst, der ihr daraus erwuchs.

Madame Pathe empfing die Ankömmlinge sehr höflich, und Frau Lohe teilte ihr mit düsterer Miene mit, Emmy besitze leider einen heimtückischen Charakter und eine Vorliebe für schlechte Gesellschaft, man müsse sie mit der äußersten Strenge behandeln, aber die alte Französin ließ sich nicht gegen Emmy einnehmen. Sie besaß ein geübtes Auge und erkannte auf den ersten Blick, daß Emmy von Herzen gut, aber durch harte Behandlung eingeschüchtert war.

Unter all' den munteren Mädchen wurde Emmy froh. So selten, wie sie an ihre Tante dachte, so häufig dachte sie an Gertrud. Mehrmals schrieb Emmy an ihre bescheidene Freundin, aber sie erhielt nie eine Antwort und endlich hörte Emmy auf, an die junge Frau Piontek zu schreiben.

Fünf Jahre blieb Emmy in Lausanne, und nicht einmal ließen die Verwandten sie während der Ferien in die Heimat kommen. Wenn alle anderen Zöglinge abreisten, blieb Emmy allein mit Madame Pathe und den Dienstboten zurück, denn alle Lehrerinnen verließen die Anstalt während der Ferien. Die Dienstboten bedauerten das verlassene Kind. Die Köchin schickte Emmy Leckerbissen, die sie für sie bereitet hatte, das Stubenmädchen pflückte häufig im Garten ein Sträußchen für sie oder schnitt ihr ein paar Zweige Stechpalmen ab, nur der Portier, den man im Verdacht hatte, ein Trinker zu sein, warf ihr stets zornige Blicke zu. Als Frau Lohe in der Anstalt erschien, um Emmy abzuholen, trennte diese sich mit schwerem Herzen von ihren munteren Freundinnen. Sie wußte nicht, daß ihre Verhältnisse sich inzwischen sehr verändert hatten. Ihr Vater hatte ihr nur ein mäßiges Vermögen hinterlassen, aber vor kurzem war ein Bruder von Emmys Mutter gestorben, der über dreißig Jahre in Westindien gelebt hatte, und der Emmy über drei Millionen Mark vermacht hatte, über den Rest seines großen Vermögens hatte er zugunsten der Notleidenden, ohne Unterschied der Konfession verfügt.

Jetzt fand Frau Lohe Emmy einfach süß. Sie wünschte nichts sehnlicher, als daß Emmy ihren Alexander heiratete, der sich in den fünf Jahren als Maler, Bildhauer, Schriftsteller und Schauspieler versucht hatte, und der in allen diesen Künsten glänzend durchgefallen war.

Die reiche Erbin fand Anbeter in Hülle und Fülle, sie wählte einen jungen Leutnant, der ihr mehrmals mit leuchtenden Augen von seiner Mutter erzählt hatte.

„Er hat nichts", sagte Frau von Bruck voller Milde, „aber braucht er das? Hat er nicht zweiunddreißig Ahnen? Ist er nicht Graf?"

Der lustige junge Graf führte seine Braut, in die er bis beide Ohren verliebt war, heim. Das junge Paar machte die übliche Hochzeitsreise und schwamm in Seligkeit. Zurückgekehrt, widmete Emmy sich mit drolligem Eifer ihrem Haushalt. Sie lebten so zurückgezogen, wie nur möglich, denn sie waren nie so glücklich, als wenn sie allein in ihrem traulichen Heime waren. Eines Abends sprach Emmy mit dankbarer Liebe von Gertrud und bedauerte lebhaft, ihren Aufenthalt nicht ermitteln zu können, [illegible] Brief, den sie vor einigen Tagen an sie abgesandt hatte, kam mit dem postalischen Vermerk: „Adressatin ist in Mochbern nicht bekannt", zurück.

„Wenn man es mit einem Inserat in der „Schlesischen Zeitung" versuchte?" schlug Graf Botho Rhedigern vor.

Emmy küßte ihn dankbar und das Inserat wurde sofort aufgesetzt und erschien in drei hintereinanderfolgenden Tagen fett gedruckt in der „Schlesischen Zeitung"; aber ach, der armen Gertrud kam die „Schlesische Zeitung" nie in die Hände, und Emmy wartete vergebens auf Gertruds Besuch.

Es heißt:

„Wer sich von dem goldenen Ringe
Goldne Tage nur verspricht,
Ach, der kennt den Lauf der Dinge
Und das Herz des Menschen nicht."

Anfangs hatte der goldene Ring der hübschen, fleißigen und tüchtigen Gertrud goldene Tage gebracht, aber nach dreijähriger Ehe, als ein Knabe und ein kleines Töchterchen die Freude der jungen Eltern waren, begannen die Sorgen der jungen Frau. Piontek, ein liebevoller Gatte und Vater, ein tüchtiger, fleißiger Arbeiter, begann zu kränkeln. Ein schleichendes Leiden hatte ihn erfaßt und zehrte an ihm. Mit Aufbietung aller Kräfte verrichtete er seine Arbeit, bis er eines Tages in der Fabrik zusammenbrach. Der Arzt ordnete die Ueberführung des Kranken ins Hospital an, aber Gertrud bat ihn inständig, ihren Mann selbst pflegen zu dürfen, daß er einwilligte. Er sagte:

„Frau Piontek, Sie wissen nicht, was Sie sich aufbürden. Sie haben zwei kleine Kinder, die Pflege brauchen und bald genug werden Sie das tägliche Brot verdienen müssen, wo wollen Sie da die nötige Zeit für Ihren Mann hernehmen!"

„Ich werde es schon streiten, Herr Doktor", versicherte Gertrud. „Ich hätte keine ruhige Minute, wenn mein Mann im Hospital wäre."

Piontek hatte dieser Unterredung mit ängstlicher Spannung gelauscht. Er atmete auf und schaute seine gute Frau voll dankbarer Liebe an. Mit was für einem schweren Herzen hätte er sich von seinen Lieben getrennt.

Am Tage arbeitete Gertrud wie eine Biene so emsig. Sie fertigte sehr geschmackvolle Kinderkleidchen an und hatte eine gute Kundschaft. Jede Minute, die ihr die Häuslichkeit und die Krankenpflege übrig ließ, saß sie an der Nähmaschine. Am Tage ging es dem armen Piontek [illegible] kam aber die Nacht, so vermehrten sich seine Schmerzen, er stöhnte dann so qualvoll, daß die Kleine in der Wiege erwachte und jämmerlich zu weinen begann. [illegible] Umschläge bereiten und [illegible] so schwach, [illegible] erhalten konnte, [illegible] kräftige Nahrung gebraucht, denn [illegible] das Kind an der Brust, aber [illegible] das Notwendigste [illegible] Pariser gezogen und brauchte selbst in einem milden Winter [illegible] hat mit großer Härte [illegible] nicht [illegible]

(Schluß folgt.)

Kleine Breslauer Nachrichten.

Schwer bestrafter Widerstand.

Zu dem Arbeiter Oskar Neugebauer kamen am 28. März zwei Kriminalbeamte, um bei ihm eine Haussuchung vorzunehmen, da gegen ihn der Verdacht bestand, einen größeren Posten Karbid gestohlen zu haben. Kaum hatten ihm die Beamten von ihrem Vorhaben Mitteilung gemacht, als er mit einem aufgeklappten Messer auf sie losstürzte. Erst nach längerem Handgemenge gelang es, ihn zum Gang zur Wache zu bewegen. Auch auf dem Wege dorthin widersetzte er sich dauernd. Am Mittwoch stand N., der sich seit dem März in Untersuchungshaft befindet, vor dem außerordentlichen Kriegsgericht, um sich wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt zu verantworten. Er entschuldigte seine Tat damit, daß er an dem Tage schon viel Kognak und Rum getrunken und er nicht gewußt habe, was er tat. Auch sei er aus dem Heeresdienst wegen Delirien entlassen worden. Die Beamten haben von einer Trunkenheit nichts bemerkt. Da der Widerstand ganz erheblich war, erkannte das Gericht auf ein Jahr und sechs Monate Gefängnis.

* **Ausschuß für Kriegsaufklärung.** Freitag, den 3. Mai, abends 8 Uhr, spricht im blauen Saal der Hermannloge Pastor Lic. Moering über „Kultur und Wirtschaft der Ostseeprovinzen“.

* **Im Breslauer Stadtbund für Fraueninteressen** werden am heutigen Donnerstag abends 8½ Uhr, im Kaufmannsheim, Schuhbrücke 50, drei Vorträge über „Das Gemeindewahlrecht der Frau“ gehalten. Redakteur Okonsky spricht über „Hausfrauen und Gemeindewahlrecht“, Justizrat Steinitz über „Wohnungsfrage und Gemeindewahlrecht“ und Frau Marie Wegner über „Soziale Arbeit und Gemeindewahlrecht“.

* **Großzirkus Krone.** Die Abfahrt der etwa 80 Transportwagen zum Ausstellungsplatz erregte viel Aufsehen. Die Arbeitselefanten, durch deren Kraft die schweren Wagen befördert wurden, waren stets von Scharen Erwachsener und Kinder begleitet. Dieselben Elefanten wirken auch bei den Vorstellungen mit. In der Besichtigung des „Zoo Krone“ können alle zehn Dickhäuter mit dem bedeutendsten und wertvollsten Bestand an exotischen und einheimischen Tieren betrachtet werden. Zoo Krone wird am Sonntag, vormittags 10 Uhr, geöffnet. Die Vorstellungen beginnen Sonnabend punkt 7¼ Uhr. In derselben wird als Wunder das dressierte Nilpferd Nora vorgeführt. Hervorragende Artisten gehören neben dem zirzensischen Spielplan zu den Sehenswürdigkeiten.

* **Ein Schaufenster eingeschlagen** wurde in der Nacht zum 29. April in einem Geschäft des Hauses Tauentzienstraße 48. Die Diebe haben aus der Auslage 12 Meter blauen Kammgarnstoff und 3 Meter feldgrauen Stoff gestohlen.

* **Beschlagnahmt** wurden durch die Polizei ein Sommermantel, 5 seidene Blusen, 2 Oberhemden, Ulsterstoff, Feldbelhüte, einige Faltketten und 1 Seitengewehr. Vermutlich sind diese Gegenstände aus Postsendungen entwendet. Die Eigentümer dieser Sachen werden ersucht, sich im Zimmer 20 des Polizeipräsidiums einzufinden. Zugleich werden Käufer von Schuhen aufgefordert, sich dort zu melden, die solche Gegenstände von Willy Schadly oder Frau Staar gekauft haben, damit sie sich vor dem Verdacht der Hehlerei schützen können.

* **Eine Geige im Werte von 2000 Mark.** Vor einiger Zeit ist aus einem Eisenbahnzuge, der von Schweidnitz nach Breslau fuhr, eine alte, aus dem 17. Jahrhundert stammende italienische Geige gestohlen worden. Sie befand sich in einem schwarzen, mit Kunstleder überzogenen Formkasten. In der Geige befindet sich ein Zettel eingeklebt mit der Aufschrift: Julius Cäsar Gigle Romanus Frecit Anno 1700.

* **Einbruchsdiebstähle.** Ein auf der unbebauten Seite der Kletschkestraße stehender verschlossener Schuppen wurde in der Nacht zum 28. April erbrochen und um 2 Kaninchen, 1 Henne und 14 Eier bestohlen. — In derselben Nacht entwendeten Einbrecher aus einem verschlossenen Stall im Grundstück Eichenallee 9 3 Kaninchen, 3 Hühner und 1 Hahn. — Aus einer Wohnung im Hause Garvestraße 2 wurden am 29. April nachmittags mittels Einbruchs entwendet 8 weiße B. U. B. gez. Tischtücher, 2 bunte Tischtücher, 1 Rasierapparat mit 12 Messern, 1 Stück Rasierseife und 12 Eier. — Ebenfalls am 29. April machte ein Einbrecher ein verschlossenes Dachzimmer im Hause Kaiser-Wilhelmstraße 5 heim, um sich dort einen hellgrauen Lodenwinterangug, acht Pfund Zago und fünf Pfund Zwiebeln anzueignen. — Am Nachmittag desselben Tages ist ein Dieb in eine Wohnung im Hause Taschenstraße Nr. 25 eingebrochen und hat sechzig Mark Geld, ein Konsumbuch Nr. 270951 über 90 Mark, ein Quittungsbuch des Schlesischen Bankvereins über eine 8. Kriegsanleihe auf den Betrag von 201 Mark, ferner eine goldene Damenuhr mit einem die Bezeichnung Karl Weiß-Glogau tragenden Behälter und eine kleine Bibel entwendet. In der Nacht zum 30. April wurde eine Laube in einem Schrebergarten hinter der Posener Eisenbahnbrücke erbrochen und um 2 Hennen bestohlen.

Kunst, Theater und Vergnügungen.

(Vergl. Anzeigenteil.)

Theater: Stadttheater. „Traviata“. — Lobetheater. „Rausch“. — Thaliatheater. „Der gutsitzende Frack“. — Schauspielhaus. „Der Zigeunerbaron“.

Schlesien und Posen.

Glogau, 1. Mai. Holzbrot. Ein Bäckermeister in der Preußischenstraße vermengte das Brotmehl mit einer nicht zu geringen Quantität Holzmehl. Das aus diesem Teig gebackene Brot war natürlich minderwertig und wegen seiner Unverdaulichkeit auch gesundheitsgefährlich. Das Schöffengericht, vor dem er sich jetzt zu verantworten hatte, verurteilte den gewissenlosen Bäckermeister zu einer Gefängnisstrafe von vier Wochen.

Sorau, 1. Mai. Außergewöhnlich frech. Auf der Nachbarstation Schönwalde waren acht kräftige Ochsen zur Verladung gekommen. Einer derselben wurde von dem Rangiermeister Lehmann aus dem Wagen heraus gestohlen und hinter einer Scheune sofort abgeschlachtet. Jetzt wurde der pflichtvergessene Beamte von der Strafkammer zu 1¾ Jahren Gefängnis und 2 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Kiesly O.-L., 1. Mai. Durch ein Feuer wurde die Bond'sche Futtermittelfabrik und das anstoßende Wohnhaus vernichtet. Es ist ein ganz bedeutender Schaden an Maschinen und Gebäuden entstanden. Die Entstehungsursache des Feuers ist nicht bekannt. Die Möbel der Bewohner konnten fast vollständig gerettet werden.

Beuthen, 1. Mai. An Trichinose erkrankt. Hier sind mehrere Erkrankungsfälle vorgekommen, die auf den Genuß eines aus Polen stammenden, nicht untersuchten Schinkens zurückzuführen waren. Solche Fleischwaren und vor dem Genusse zur Sicherheit mindestens gründlich durchzukochen oder völlig durchzubraten. Noch besser ist ihre Untersuchung.

Gleiwitz, 1. Mai. Pferdediebstähle sind gegenwärtig in Oberschlesien an der Tagesordnung. Erst gestern ist in Gleiwitz ein Beuthener Geschirr von der Kriminalpolizei entdeckt worden. Vor einigen Tagen waren in Preiskretscham und in Hindenburg Pferdediebstähle ausgeführt worden und eine Reihe weiterer, die sich im Industriebezirk zugetragen haben, schließen sich diesen neuesten an.

Politische Uebersicht.

Abgeordneter von Kardorff tritt aus der freikonservativen Partei aus. Der Landtagsabgeordnete von Kardorff hat am Mittwoch seinen Austritt aus der freikonservativen Fraktion des preußischen Abgeordnetenhauses erklärt. Kardorff war, wie Freiherr von Zedlitz, Anhänger des gleichen Wahlrechts und sah sich aus diesem Grunde seit längerer Zeit in der Fraktion kalt gestellt.

Aus der Haft entlassen. Die Leipziger Volkszeitung teilt mit: „Aus der Haft entlassen sind am Freitag eine Anzahl Genossen und Genossinnen, die aus Anlaß des Januarstreiks in Untersuchungshaft genommen wurden. In Haft befinden sich noch die Genossen Dietze, Kurtze und Lipinski.“

Eingesandt.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir diejenigen Zuschriften aus unserem Leserkreise, für die wir nur die preßgesetzliche Verantwortung übernehmen. Die Redaktion.)

Die Kinderwagen.

Mit Staunen vernehme ich, daß das Befahren der Bürgersteige mit Kinderwagen verboten ist. Ich bin Kriegsverletzter und habe meinen Arm auch für den Breslauer Bürgersteig verloren. Ich denke, daß mein Kind auch denselben Anspruch auf den Bürgersteig hat, wie die spazierengehenden Backfische und Kavaliere. Oder werden die Kinder von Kriegern und Kriegsverletzten jetzt in die Ecke gestellt? Es gibt Krüppel genug und ich hoffe, daß durch das Fahren der Kinderwagen auf der Straße nicht noch mehr erzeugt werden. G. M.

Die Darmstädter Bank und ihre Kriegsangestellten.

Wie in anderen Betrieben amtlicher und privater Art, so wird jetzt auch in den Banken die Arbeit in starkem Maße durch Kriegsangestellte weitergeführt. Da nun die Weiterführung der Arbeit gleichbedeutend ist mit der Schaffung des Gewinns für die Unternehmer — der Krieg schanzt den Banken bekanntlich hohe Profite zu —, so wäre es doch nicht mehr als recht und billig, wenn die Kriegsangestellten mit den Fest-Beamten, denen sie hinsichtlich der Pflicht natürlich gleichgestellt sind, auch im Punkt Entlohnung auf gemeinsamer Stufe stünden. Weit gefehlt, der Kriegsangestellte ist der berühmte Mohr, der zu tun und zu gehen hat: Gehalt und sonstige Zuwendungen sind, verglichen mit den Bezügen der festangestellten Beamten, stets von untergeordneter Güte. Recht arg in der finanziellen Zurücksetzung der Kriegsangestellten treibt es nun die hiesige Darmstädter Bank, die ihre Anweisungen von der Zentrale Berlin erhält — übrigens sitzen im Aufsichtsrat dieses Unternehmens namhafte „liberale“ Herren. — Bei der jüngst zur Auszahlung gelangten Abschluß-Gratifikation für die Beamten erhielten diesmal die Kriegsangestellten als besonderen Dank für getane Arbeit zunächst nicht einen Pfennig, obgleich das abgelaufene Geschäftsjahr dem Aufsichtsrat, der Direktion, den Aktionären gestiegene Erträge gebracht hat. Erst der nach Berlin gerichtete geharnischte Protest zwang dann die dortigen „Herren“, die Gratifikation noch einmal zu bewilligen, gleichzeitig wurde aber mitgeteilt, daß von nun an diese Vergütung wegfalle. Ferner hält sich bei den Kriegsangestellten sehr stark der Glaube, daß es keine Teuerungszulage und Ueberstundengeld erst nach zehnstündiger Arbeitszeit geben werde. Die Lebenshaltung wird immer teurer, aber die Gehälter werden herabgesetzt. Welcher Kriegsangestellte hat denn ein höheres Monatsgehalt als 150 bis 200 Mark? Die Aktionäre freuen sich ihres Lebens, und der Angestellte? Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen. Werden die Angestellten aus diesen Zuständen lernen? Die gegebene Organisation ist der Allgemeine Verband der Deutschen Bankbeamten, Berlin W. 8, Französische Straße 21. Und das Publikum? Es ist kaum anzunehmen, daß es aus diesen beschämenden Verhältnissen die Konsequenz zieht. Und das Kriegsamt? Man muß doch das Durchhalten erleichtern. N. W.

Gegen den 10-Uhr-Hausschluß.

Zu dem Eingesandt in Nr. 100 möchte ich auch einige Worte sagen. Erstens möge sich der Einsender überlegen, daß Hausmeisterswohnungen zum weitaus größten Teil ohne Gas sind und Petroleum oder Lichte, wie jedem bekannt sein dürfte, nicht zur Verfügung stehen. Was sollen nun die Leute bis um 10 Uhr abends ohne jegliche Beleuchtung beginnen? Zweitens, daß Hausmeistersleute schon sehr früh aufstehen müssen, weil im Sommer die Straße bis um 6 Uhr gefegt sein muß. Es ist da wohl jedem die Stunde Ruhe am Abend zu gönnen, überhaupt bei der schmalen Kriegskost. Und warum kann man sich nicht im Sommer ebensogut mit einem Hausschlüssel versehen, wenn man fortgeht? Ein bißchen Nachsicht gegenüber den Hausmeistersleuten, die zum Teil schon alt oder Kriegerfrauen sind, wäre vom Publikum sehr erwünscht.

Briefkasten.

Alle mündlichen und schriftlichen Anfragen (mit Ausnahme der Anfragen von Feldpost-Lesern), werden nur gegen eine Bezugs-Quittung der „Volkswacht“ erteilt. Briefliche Auskunft wird nur an auswärtige Leser in dringenden Fällen erteilt, an Breslauer Leser nicht.

Sergeant M. Was einem Soldaten im Felde zusteht? Dies hat sich im Laufe des Krieges so oft geändert, daß wir Genaues nicht angeben können.

Frau O., Frankfurterstraße. Ja, Sie haben zum Besuche Ihres Bruders im Lazarett Fahrpreisermäßigung. Sie brauchen dazu eine Bescheinigung des Polizeibezirks.

W. J. Nr. 27. Schreiben Sie an den Verband der Schuhmacher in Breslau, zu Händen des Herrn Paul Thaler in Breslau 1, Margaretenstraße 17.

P. D. Nr. 10. Garnichts ist da zu machen. Sie sind ja nicht beleidigt worden. Wir empfehlen Ihnen, möglichst die Ruhe zu bewahren.

E. in Wilkutschütz. Aufwandsentschädigung können Sie nicht erhalten. Näheres darüber sagt Ihnen der Gemeindevorsteher.

A. Th. Der Kollege kann wegen Beleidigung klagen. Er muß zuerst zum Schiedsmann gehen und beantragen, daß ein Sühnetermin abgehalten wird.

R. 80. Nein. Sie brauchen nach dem Kriege nicht weiterdienen.

900 M. W. 1. Auch Wochen-Abonnenten erhalten von den Zeitungsträgerinnen auf Wunsch eine Bezugsquittung. 2. Eine Abfindung zahlt die Landes-Versicherungsanstalt nicht. Sie können sich nur an die Hinterbliebenenfürsorge, Ritterplatz 1, 2 Treppen, Zimmer 37 wenden.

Sergeant Kl. Sie könnten sich ja beim Leiter der Schule beschweren, aber viel helfen dürfte es nicht. Am besten ist es, Sie lassen die Sache auf sich beruhen.

Gefreiter R. Sch. Nach Ihrer Darstellung müßte Ihnen das Abzeichen für Verwundete verliehen werden. Wenden Sie sich an Ihre Vorgesetzten.

Landsturmmann E. W. Ersuchen Sie die Vorgesetzten darum, oder Ihre Frau soll an den Zivilvorsitzenden der Ersatzkommission (Landrat) schreiben.

Laurahütte 125 Leider stimmt das nicht; eine solche Verfügung ist nicht erlassen worden. Auch diese Leute können in verderer Stellung verwendet werden.

Oels 100. Der Abzug für die paar Tage ist zu groß. Bitten Sie den Amtsvorsteher, daß er in der Sache vermittelt. Wird das abgelehnt, so müßte beim Amtsgericht geklagt werden. Das ist freilich ziemlich umständlich.

W. S. Nein, das ist unzulässig. Beschweren Sie sich beim Landrat oder Regierungspräsidenten.

Feldpost. Eingegangen von Albert Tschierse, Sanitäts-Kompagnie, 2 Mk., bezahlt bis 28. 5. — Karl Strack, Feldpost 320, 3,60 Mk. — Gefr. Potschalla, Feldpost 258, 4 Mk. — Weingärtner, Dragoner 8, 2 Mk., bez. bis 6. 7. — Julius Sinre, Feldpost 114, 3 Mk. — Sergeant Paul Streit 2 Mk. — Obergefreiter Wagenknecht, Köln am Rhein, immer eingetroffen.

Wenn Ihnen das Lesen am Abend schwer fällt, so brauchen Sie ein Augenglas

Optiker Garai, Albrechtstr. 3.

Liebich-Theater.

Mit Beginn der Sommerspielzeit ist ein Künstler eingezogen, dessen ungemein graziöse Kleinkunst hier noch nicht vergessen ist: Rudolf Nelson. In seinem Gefolge erscheinen außer seiner Frau, die unter ihrem Mädchennamen Käte Erlholz auftritt und gleichfalls früher hier große Triumphe feierte, die beliebte Trude Troll und eine Anzahl Vortragskünstler, von denen Fritz Junkermann als gern gesehener guter Bekannter und Heinz Fuß ganz besonders erwähnt sein sollen. Dieser wurde bei seinem Auftreten mit einer eisigen Kälte empfangen, um mit einem Sturm von Gelächter und Beifall entlassen zu werden. Mit einer unnachahmlichen trockenen Drolerie versteht dieser „Ansager“ sein Publikum zu unterhalten. Das Programm bietet zuerst einen bunten Teil, in welchem Tänze (Cläre und Stiefel, Herbert Jensen) mit Gesangsvorträgen (Rudolf Dölz) und Ueberbrettl-Nummern abwechseln, und schließt mit einem Dutzend Kostümszenen, die ebenfalls nicht viel anderes vorstellen. Etwas besonders Neues oder Ueberraschendes ist nicht zu bemerken, aber es wird alles mit so viel bezwingendem Humor und Geschick gebracht, daß man sich vorzüglich unterhält. Dazu treten prickelnde, leichte Melodien von Nelson und dessen unübertreffliche Klavierbegleitung. [illegible] mitunter ganz witzige Verse des Hausdichters O. A. Alberts. Lilly [illegible] vervollständigen hier das Personal, dessen Leistungen ungeteilt gefielen und durch zahlreiche Blumenspenden ausgezeichnet wurden. Das Haus war fast ausverkauft. Ein Besuch kann nur empfohlen werden. H. M.

Aus aller Welt.

[illegible]

verschwundene Land durch Einrichtungen wieder abzujagen, gibt es verlorene Außenposten, die unrettbar der nagenden Salzflut verfallen sind weil sich kostspielige Rettungsarbeiten nicht lohnen würden. Diesem unentrinnbaren Schicksal wird die Insel Jorksand im Wattenmeer des Kreises Tondern anheimfallen, die zur Zeit eine Schutz- und Brutstätte für die Vogelwelt der Nordsee ist. Wie der Vogelwärter beobachten konnte, wird in jedem Jahr etwa 1 — 1/2 Demat Land (1000 — 2000 Quadratmeter) vom Meer weggespült. Da das Eiland nur 6 Hektar umfaßt, ist die Zeit nicht mehr fern, wo es ganz eine Beute des Meeres sein wird, zumal die Anlage von Schutzbauten sich wirtschaftlich nicht lohnt und auch sonst kein Interesse vorliegt, daß einen Schutz zum Zwecke der Erhaltung rechtfertigen würde. Vor etwa 200 Jahren war die Insel noch so groß, daß auf ihr zwei Bauernstellen bestehen konnten. Die häufigen Ueberschwemmungen und die damit verbundenen Verluste an Land und Vieh zwangen die Bewohner damals schon zum Verlassen der Insel. Zuletzt wurde sie nur noch als Schafweide in den Sommermonaten benutzt. Ihr Name war beinahe schon vergessen, bis die Bestrebungen zum Schutze der Seevögel ihn aufs neue bekannt gemacht haben. So scheint das Schicksal von Jorksand besiegelt zu sein. Einem späteren Geschlecht mit noch größerem Landhunger als dem unsrigen, wird es vielleicht beschieden sein, Dämme und Deiche soweit in die Nordsee vorzutragen, daß auch das kleine Jorksand wieder zu Tage tritt.

Ein Wohnhaus als Wasserscheide.

Vor einiger Zeit wurde von einem Hotel in den Rocky Mountains berichtet, dessen Dachfirst die Wasserscheide zwischen dem Atlantischen und dem Stillen Ozean bildet. Eine ähnliche Wasserscheide zwischen Nord- und Ostsee ist in Schiphorst im Kreise Lauenburg vorhanden. Ein Leser erzählt darüber den „Norddeutschen Nachrichten“: Das Wohnhaus des [illegible] Wasserscheide zwischen Nord- und Ostsee. [illegible] westlich abfließendes Wasser dieses Hauses fließt in den Bach Schönau. Die Schönau fließt in die Bille, die Bille mündet bei Hamburg in die Elbe und die Elbe in die Nordsee. Dagegen fließt das Wasser von der Ostseite dieses Hauses in Nord- und Ostsee. Von 18 Meter Dachlänge des Hauses fließt das Wasser in die Nordsee von 12 Meter Länge in die Ostsee. In der Mitte von Schiphorst liegt der runde, mehrere Hundert Quadratmeter umfassende Teich Kirchpfuhl. Bei normalen Verhältnissen fließt das abfließende Wasser des Teiches bei heftigem Regen gleichzeitig zur Nord- und Ostsee ab. Es nimmt dann seinen Lauf teilweise zur Steinau, teilweise zur Schönau. Die Steinau fließt bei dem Dorfe Hammer bei Mölln in den Elbe-Trave-Kanal und fließt dann nach Lübeck durch die Trave zur Ostsee ab.

Zwanzig Prozent Dividende und 100 Mark Kriegsanleihe auf jede 1000-Mark-Aktie! Diesen Segen beschloß die Hauptversammlung der Aktiengesellschaft Hugo Schneider-Paunsdorf über ihre Aktionäre auszuschütten. Wie weiter in der Versammlung ausgeführt wurde, beträgt der diesjährige Reingewinn annähernd fünf und eine halbe Million Mark (i. V. 3,6 Millionen). Die Geschäftsaussichten werden als sehr befriedigend geschildert; an reichlichen Aufträgen sei kein Mangel. Der Aufsichtsrat wurde um ein Mitglied vergrößert, und zwar hat man den nationalliberalen Reichstagsabgeordneten und Vizepräsidenten Dr. Paasche in den Aufsichtsrat gewählt.

Die gestohlene „Königstochter“. Ein besonders raffiniert ausgeführter Diebstahl eines Fuhrwerks der „Ufa“ in Berlin, das mit Filmaufnahmen und anderen Gegenständen im Gesamtwerte von über 150 000 Mk. beladen war, beschäftigte das Landgericht I. Der Kutscher Beuthner hatte sich überreden lassen, das von ihm geführte Fuhrwerk absichtlich längere Zeit ohne Aufsicht zu lassen, damit es [illegible] befanden sich mehrere Kisten neue Films, darunter die „Königstochter von Travankore“, die einen Wert von über 150000 Mark hatten und allein mit 70000 Mark versichert waren.

Massenfälschung von Lebensmittelmarken in München. In der Druckerei Karl Gerber in München, wo unter Aufsicht der Hilfsdienstleute die amtlichen Lebensmittelmarken hergestellt werden, wurde der Obermaschinenmeister Karl Hofmann, die Maschinenmeister Max Hubler und Beyer sowie der Papiermeister Gihsch, die seit längerer Zeit Lebensmittelmarken gefälscht, verbraucht und verschenkt haben, verhaftet. Festgestellt sind bis jetzt hundertvierzig Zentner Brotmarken, 15 Zentner Fettmarken und 2 Zentner Fleischmarken. Gegen die Genannten ist ein Verfahren wegen Urkundenfälschung eingeleitet und ebenso ein Strafverfahren gegen die Abnehmer der gefälschten Marken eröffnet worden.

58100 Mark Geldstrafe. Das Schöffengericht in Bad Dürkheim verurteilte den Großhändler Friedrich Dreisch aus Berlin, der in Dürkheim Gemüse, besonders Bohnen und Zwiebeln, zu hohen Preisen aufgekauft und nach Berlin geführt hatte, zu 31000 Mark Geldstrafe, die Großhändlerin Gumbinger in Freinsheim, die für Dreisch Gemüse nach Berlin sandte, wurde zu 10500 Mark Geldstrafe, die Händler Michel und Hußel zu 7100 und 4500 Mark Geldstrafe verurteilt.

Die Ahnen des Kriegsgewinnlers. Wir lesen im „Simplizissimus“: [illegible] Herr F. wandte sich an das Staatsarchiv zu X. mit der Bitte um genaue Ermittelungen über Lebensweise, Stand und Beruf seiner Ahnen. Er wollte eine Familienchronik schreiben lassen. Folgender Bescheid ging ihm zu: „Ew. Hochwohlgeboren teilen wir [illegible] mit, daß aus dem [illegible] Jahre nur festgestellt werden konnte: „Ew. Hochwohlgeboren Herr Großvater und Ew. Hochwohlgeborenen Frau Großmutter haben die Jahre 1808 bis 1812 im Zuchthause zu Jauer zugebracht. [illegible] haben.“